

# Landkreis Ravensburg

den 22.02.2017

## Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages

am 14.12.2016 im Kursaal des Kurhauses Bad Wurzach, Kirchbühlstr. 1, Bad Wurzach

Dauer 13:00 Uhr bis 18:45 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

CDU

Herr Eugen Abler,

Herr Elmar Buemann,

Herr Roland Bürkle,

Herr Rolf Engler,

Herr Josef Forderer,

Frau Josefine Haberkorn,

Herr Rudolf Hämmerle,

Herr Wilhelm Heine,

Herr Hans-Jörg Henle,

Herr Karl Immler,

Herr Thomas Kellenberger,

Herr Wolfgang Kleiner,

Herr Dieter Krattenmacher,

Herr Hans-Jörg Leonhardt,

Herr Axel Müller,

Herr Peter Müller,  
Herr Alois Peter,  
Herr Dr. Daniel Rapp,  
Herr Volker Restle,  
Frau Dr. Silke Rieser,  
Herr August Schuler,  
Herr Robert Schweizer,  
Herr Daniel Steiner,  
Herr Robert Stütze,  
Herr Roland Weinschenk,  
Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,  
Herr Markus Ewald,  
Herr Jochen Fischinger,  
Herr Matthias Grad,  
Herr Roland Haug,  
Herr Hans Peter Künst,  
Herr Michael Lang,  
Herr Holger Lehr,  
Herr Rainer Magenreuter,  
Herr Dr. Hermann Schad,  
Herr Roland Schmidinger,  
Herr Oliver Spieß,  
Frau Christa Stierle,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,  
Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,  
Frau Judith Gebhardt,  
Herr Gereon Güldenbergl,  
Frau Ursula Hilpert,  
Frau Liv Pfluger,  
Herr Bruno Sing,  
Herr Siegfried Spangenberg,  
Herr Heinz Strubel,  
Herr Dr. Ulrich Walz,  
Herr Roland Zintl,

SPD

Herr Rudolf Bindig,  
Herr Peter Clément,  
Herr Anton Frei,  
Herr Gerhard Lang,  
Frau Gisela Müller,

ÖDP

Herr Julian Aicher,  
Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing,  
Herr Siegfried Scharpf,  
Herr Dr. Wolfgang Schmidt,

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,  
Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,  
Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Joachim Simon,

Herr Franz Baur,  
Frau Diana E. Raedler,  
Herr Walter Sieger,

Herr Gerd Hägele,

Herr Franz Hirth,  
Herr Ludger Baum,  
Herr Christoph Dreher,  
Frau Andrea Ebnet,

Dezernent Allg. Verwalt., Kultur u. Bürgerservice

Dezernent Finanzen, Schulen u. Infrastruktur  
Dezernentin Arbeit und Soziales

Dezernent Kreisentwickl., Wirtsch. u. ländl. Raum

Dezernent Recht, Ordnung und Landwirtschaft

Amtsleiter Stabsstelle des Landrats

Leiter Stabsstelle Regionales Bildungsbüro

Amtsleiter Personalservice

Amtsleiterin Rechts- und Ordnungsamt

Gäste

Herr Prof. Dr. Hans Döbert,

Herr Christoph Mayr,

Herr Heinz Pumpmeier,

Herr Thomas Riesch,

Dt. Institut für Internationale Pädagog. For-  
schung, zu TOP 14

Bewerber, zu TOP 4

Kreissparkasse Ravensburg, zu TOP 16 nö

Stv. Amtsleiter Hauptamt,

Bewerber, zu TOP 3

Abwesend:

Erste Landesbeamtin

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Dr. Ulrich Höflacher,

Herr Clemens Moll,

Herr Christian Natterer,

Herr Waldemar Westermayer, MdB,

FWV

Herr Bernhard Schultes,

Herr Peter Smigoc,

SPD

Herr Rainer Marquart,

Herr Jürgen Rölli,

ÖDP

Herr Max Scharpf,

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

#### **Angelegenheiten des Personalservices**

3. 0221/2016  
Besetzung der Stelle der Leitung des Hauptamtes
4. 0158/2016  
Besetzung der Stelle der Leitung des Bauernhaus-Museums Allgäu-Oberschwaben in Wolfegg

#### **Angelegenheiten des Jobcenters**

- 4.1 0226/2016  
Förderung des Welcome Centers Bodensee-Oberschwaben

#### **Angelegenheiten der Finanzverwaltung**

5. 0132/2016  
Kreisstrategie - Fortschreibung auf Basis der Ergebnisse des Klausurtags am 12.05.2015
6. 0163/2016  
Kreishaushalt und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser, Pflegeschule für das Jahr 2017
7. 0174/2016  
Beitritt zur selbständigen Kommunalanstalt des öffentlichen Rechts "Komm.Pakt.Net."

### **Angelegenheiten des Abfallwirtschaftsamtes**

8. 0204/2016

Fortschreibung des Deponiebewirtschaftungskonzepts "Inertstoffdeponie Gutenfurt" ab dem Jahr 2018

### **Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP**

9. 0206/2016

Eigenbetrieb Immobilien, Krankenhäuser und Pflegeschule - Fortschreibung von Betriebssatzung und Geschäftsordnung

10. 0181/2016

Oberschwabenklinik - Verlängerung der Stundungsvereinbarung mit dem Eigenbetrieb Immobilien, Krankenhäuser und Pflegeschule für 2017

11. 0179/2016

Fortschreibung Instandhaltungs- und Investitionsprogramm der kreiseigenen Gebäude

12. 0184/2016

Verwaltungs- und Gesundheitszentrum Leutkirch - Einbau eines Hospizes

### **Angelegenheiten des Jobcenters**

13. 0142/2016

Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft - Fortschreibung

### **Mitteilungsvorlagen**

14. 0219/2016

Dritter Kommunalen Bildungsbericht 2016 - Erste Ergebnisse und Befunde;  
Gast: Herr Prof. Hans Döbert, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)

15. Mitteilungen und Anfragen

## **Nichtöffentliche Sitzung**

### 16. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Kreistags wurden am 30.11.2016 zu dieser Sitzung eingeladen.

BM Bürkle begrüßt die Kreisräte in Bad Wurzach und informiert mit einer PowerPoint-Präsentation über die aktuellen Entwicklungen der Gemeinde.

Der Vorsitzende stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Er gratuliert KR Clement zum kürzlich erfolgten halbrunden Geburtstag.

Außerdem präsentiert er Frau Ebnet als neue Amtsleiterin des Rechts- und Ordnungsamtes (Nachfolgerin von Frau Weiser).

Frau Ebnet stellt sich kurz vor.

Der Vorsitzende gibt eine Information über das Ergebnis des Wettbewerbs „Beispielhaftes Bauen – Landkreis Ravensburg 2010 bis 2016“ in Umlauf.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1. Änderung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende verweist auf die fristgerecht erfolgte Erweiterung der Tagesordnung – siehe Änderungsblatt zur Tagesordnung (Aufnahme von TOP 4.1 „Förderung des Welcome Centers Bodensee-Oberschwaben“, 0226/2016).

Hierzu werden keine Einwendungen vorgebracht. Es gibt auch keine sonstigen, darüber hinausgehenden Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Der Vorsitzende erläutert den Umgang mit den eingereichten Haushaltsanträgen und die formalen Vorgaben für die Gestaltung der Tagesordnung. Dabei unterscheidet er zwischen haushaltsrelevanten und nicht haushaltsrelevanten Anträgen. Über die Änderungsanträge zum Haushalt könne man heute im Rahmen von TOP 6 beraten und entscheiden. Die anderen Anträge mit eigenen Themenbereichen hätten in der öffentlich bekanntgemachten Tagesordnung (3 Tage vor der Sitzung) aufgeführt werden müssen. Er schlägt vor, dass die jeweiligen Anträge heute zwar vorgestellt und begründet werden können, offiziell jedoch erst



in der nächsten Kreistagssitzung auf der Tagesordnung aufgeführt und dann zur weiteren Behandlung in die entsprechenden Ausschüsse verwiesen werden können.

Die Antragsteller erklären, dass die nicht haushaltsrelevanten Anträge dann stattdessen in die nächste Sitzung des zuständigen Fachausschusses eingebracht werden sollen.

Es handelt sich dabei um die folgenden 6 Anträge:

- SPD: Stellenplan und Personalhaushalt
- Grüne: Regio-S-Bahn
- Grüne: JobTicket für Mitarbeiter
- Grüne: Elektromobilität
- Grüne: Bahnhofsmision Aulendorf
- CDU: Virtuelles Kundenzentrum

## **2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Zum Protokoll der Sitzung am 23.11.2016 (Tischvorlage) gibt es keine Änderungswünsche.

### Anmerkung der Schriftführung:

*Die Kreisräte wurden am 13.12.2016 per Mail darauf hingewiesen, dass die Niederschrift im Infosystem von session abgerufen werden kann.*

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

## **Angelegenheiten des Personalservices**

### 3. 0221/2016

#### **Besetzung der Stelle der Leitung des Hauptamtes**

Der Vorsitzende erläutert das bisherige Besetzungsverfahren.

Herr Dreher teilt die vertraulichen Sitzungsunterlagen aus (und sammelt sie im Anschluss an die Sitzung wieder ein).

Herr Riesch betritt den Sitzungsraum und stellt sich vor.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden wird keine Personaldebatte gewünscht. Die Sitzung bleibt daher öffentlich.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es weitere Vorschläge zur Besetzung der Stelle gibt.

Es werden keine alternativen Vorschläge vorgebracht.

Der Vorsitzende stellt fest, dass es nur einen Bewerber gibt. Er fragt, ob es Widerspruch gegen eine offene Wahl gibt.

Dies ist der Fall. Daher ist die Wahl geheim mit Stimmzetteln vorzunehmen.

Zu Mitgliedern der Zählkommission werden benannt: KRe Engler, Dr. Schad, Zintl, G. Müller und Prof. Dr. Dieing.

#### **Beschlussentwurf:**

Zum Leiter des Hauptamtes wird Herr Thomas Riesch gewählt.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die gewählte Person unter Beachtung der beamtenrechtlichen Regelungen und internen Richtlinien, in die in der Stellenausschreibung zugesagte Besoldungsgruppe zu befördern.

Der Vorsitzende verkündet das Ergebnis der Wahl (58 Gesamtstimmen):

- **36 Ja-Stimmen**
- 13 Gegenstimmen
- 8 Enthaltungen
- 1 ungültige Stimme

**Beratungsergebnis:** mehrheitlich beschlossen

#### 4. 0158/2016

### **Besetzung der Stelle der Leitung des Bauernhaus-Museums Allgäu-Oberschwaben in Wolfegg**

Der Vorsitzende erläutert den Stand des Besetzungsverfahrens.

Herr Dreher teilt die vertraulichen Sitzungsunterlagen aus (und sammelt sie im Anschluss an die Sitzung wieder ein).

Herr Mayr betritt den Sitzungsraum und stellt sich vor.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Nachdem eine Personalaussprache gewünscht wird, stellt der Vorsitzende die **Nichtöffentlichkeit** der Sitzung her.

...

Der Vorsitzende stellt die **Öffentlichkeit** der Sitzung wieder her und fragt ob es Widerspruch gegen eine offene Wahl gibt.

Dies ist der Fall. Daher ist die Wahl geheim mit Stimmzetteln vorzunehmen.

Zu Mitgliedern der Zählkommission werden benannt: KRe Engler, Dr. Schad, Zintl, G. Müller und Prof. Dr. Dieing.

#### **Beschlussentwurf:**

Zum Leiter des Bauernhaus-Museums Allgäu-Oberschwaben Wolfegg wird Herr Christoph Mayr gewählt.

Der Vorsitzende verkündet das Ergebnis der Wahl (59 Gesamtstimmen):

- **45 Ja-Stimmen**
- 9 Gegenstimmen
- 2 Enthaltungen
- 3 ungültige Stimmen

**Beratungsergebnis:** mehrheitlich gewählt

## Angelegenheiten des Jobcenters

### 4.1. 0226/2016

#### **Förderung des Welcome Centers Bodensee-Oberschwaben**

KR Spieß fasst die Diskussion im Sozialausschuss zusammen und verweist auf den nachgereichten Zwischenbericht des Welcome Centers (Projektzeitraum: 01.01.2014 bis 23.09.2016). Er schlägt vor, die Einrichtung im Jahr 2017 nochmals zu fördern, für die Jahre 2018 ff jedoch müssten andere Grundlagen vorgelegt werden.

KRin Fiegel-Hertrampf unterstützt diesen Vorschlag.

KR Engler hält die Scharnierfunktion zwischen dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt für sehr wesentlich, vermisst aber nach wie vor die Zahl der erfolgten Vermittlungen. Eine Weiterförderung müsste daher mit entsprechenden Zielvorgaben verbunden werden, um im Anschluss einen Vermittlungserfolg beurteilen zu können.

KRin Müller legt Wert auf eine klare Kommunikation, welche Vorgaben vom Welcome Center beachtet werden müssen.

#### **Beschlussentwurf der Verwaltung:**

Eine Weiterförderung des *Welcome Centers Bodensee-Oberschwaben* über das Jahr 2016 hinaus erfolgt nicht.

#### **Modifizierter Beschlussentwurf aufgrund Antrag von KR Spieß:**

Die Förderung des *Welcome Centers Bodensee-Oberschwaben* wird für ein weiteres Jahr in Höhe von 25.000 € fortgesetzt.

**Beratungsergebnis:** bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich **modifiziert** beschlossen

## **Angelegenheiten der Finanzverwaltung**

### **5. 0132/2016**

#### **Kreisstrategie - Fortschreibung auf Basis der Ergebnisse des Klausurtags am 12.05.2015**

Der Vorsitzende erläutert die Fortschreibung und das bisherige Verfahren. Die Anlage 7 zur Vorlage 0132/2016 bilde den aktuellen Stand (Sozialausschuss am 06.12.2016) ab und solle als Grundlage für die anstehenden Abstimmungen herangezogen werden.

KR Restle teilt mit, dass der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zum Eigenbetrieb IKP aufgrund des vom Aufsichtsrat der Oberschwabenklinik beschlossenen Wirtschaftsplans wieder zurückgezogen wird. Auch der CDU-Antrag bezüglich der Ökopunkte werde wieder zurückgenommen, falls von der Grünen-Fraktion zugesichert werden könne, dass die Maßnahmen zur Verbesserung der Biodiversität nur punktuell umgesetzt werden sollen.

Der Vorsitzende fragt, ob eine allgemeine Aussprache zur Kreisstrategie gewünscht wird.

Dies ist nicht der Fall.

Der Vorsitzende kündigt an, die Beschlussvorschläge bzw. Anträge der Fraktionen, die in der Tabelle auf den Seiten 3 bis 10 der Anlage 7 zu 0132/2016 aufgelistet sind, einzeln zur Abstimmung zu stellen und im Anschluss über das Gesamtwerk beschließen zu lassen.

Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwendungen geltend gemacht.

#### **Abstimmungen auf der Grundlage von Anlage 7 zur Vorlage 0132/2016, in der Reihenfolge der Tabelle ab Seite 3:**

ARBEIT UND SOZIALES

Schule und Bildung – Flüchtlinge und Asylsuchende

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses: einstimmig beschlossen

ARBEIT UND SOZIALES

Asylbewerber und Migranten

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses: einstimmig beschlossen

KULTUR

Historische Bausubstanz

Antrag der CDU: einstimmig beschlossen (bei 2 Enthaltungen)

KULTUR

Digitales Langzeitarchiv

Antrag der CDU: einstimmig beschlossen

MOBILITÄT

Betrieb und Unterhaltung von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen (Straßenbauverwaltung)

Die KRe Pfluger und Bindig wünschen eine getrennte Abstimmung über die Sätze 1 und 2 des CDU-Antrags.

KR Spieß schlägt vor, das Wort „begradigt“ in Satz 2 gegen das Wort „saniert“ zu ersetzen.

KR Restle ist mit dieser Änderung einverstanden.

KR Sing spricht sich grundsätzlich gegen einen Straßenausbau aus und plädiert ebenfalls für eine getrennte Abstimmung.

Antrag der CDU, Satz 1: einstimmig beschlossen (bei 1 Enthaltung)

Antrag der CDU, Satz 2: bei 18 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen; das Wort „begradigt“ wird durch „**saniert**“ ersetzt

MOBILITÄT / UMWELT, NATUR UND ENERGIE

Betrieb und Unterhaltung von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen (Biodiversität)

Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses: bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

ARBEIT UND SOZIALES

Alle Handlungsfelder (Kennzahlen Wechsel Wohngruppe)

Antrag der CDU: bei 14 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

## ARBEIT UND SOZIALES

Langzeitarbeitslose

Antrag der CDU: einstimmig beschlossen (bei 1 Enthaltung)

## KINDER; JUGEND UND FAMILIE

Unterhaltsvorschuss

Antrag der CDU: einstimmig beschlossen (bei 1 Enthaltung)

## UMWELT, NATUR UND ENERGIE

Moorschutz / Ökokontomaßnahmen

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Technik: einstimmig beschlossen

## PLANEN UND BAUEN

Antrag der SPD zur landschaftsgerechten Bauweise von Gewerbebauten: bei 22 Ja-Stimmen, 29 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich **abgelehnt**

### **Beschlussentwurf der Vorlage 0132/2016 in der Fassung der soeben erfolgten Änderungsbeschlüsse**

1. **Der Kreistag stimmt der vorgelegten Fortschreibung der Kreisstrategie mit der Maßgabe der nachfolgend dargestellten Änderungen bei Leitzielen und Handlungsfeldern zu:**

#### Angelegenheiten der Ersten Landesbeamtin

Leitziel   ARBEIT UND SOZIALES

Zuständigkeit                               *Sozialausschuss*

1. Handlungsfeld (neu)                       **Schule und Bildung - Flüchtlinge und Asylsuchende**

Das Ziel 1 wird wie folgt ergänzt:

Sprachliche Angebote als Schlüssel zur Integration sind zu verstärken.

Zur Unterstützung der gesellschaftlichen Integration sollen geeignete Angebote zur **Vermittlung der Werte des Grundgesetzes** durch muttersprachliche Vermittler ge-

schaffen werden.

## 2. Handlungsfeld **Asylbewerber und Migranten**

Die Rückkehrberatung soll verstärkt werden.

~~Dazu wird das Ziel 2 wie folgt formuliert:~~

~~Ziele sind:~~

~~— Rückkehr von mind. 60 Personen in ihr Heimatland.~~

~~— Eingesparte Sozialleistungen von mind. 240.000 €.~~

**Es wird für das Jahr 2017 folgendes Ziel (Produktgruppe 3130) mit aufgenommen:**

**Z 1: Jeder Flüchtling/Asylsuchende soll ein Angebot über den Zugang zum zweiten Arbeitsmarkt erhalten**

### Angelegenheiten des Dezernats I

Leitziel: KULTUR

Zuständigkeit: *Kultur- und Schulausschuss*

Handlungsfeld: **Instandhaltung und Restaurierung der historischen Bausubstanz im Bauernhaus-Museum Allgäu-Oberschwaben Wolfegg und im Schloss Achberg.**

Die Verwaltung wird beauftragt, **dem Kreistag bis Ende des Jahres 2017 einen Vorschlag für ein zukünftiges Kulturkonzept zur Beratung vorzulegen** und ein mittelfristiges Instandhaltungsprogramm für Schloss Achberg und das Bauernhausmuseum Wolfegg zu erstellen.

Handlungsfeld: **Digitales Langzeitarchiv (DIMAG)**

**Die Digitalisierung des Archivs soll gemäß den rechtlichen Vorgaben umgesetzt werden.**



## Angelegenheiten des Dezernats II

Leitziel: MOBILITÄT

*Zuständigkeit: Ausschuss für Umwelt und Technik*

Handlungsfeld: **Betrieb und Unterhaltung von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen**

Es wird ein neues Ziel Z 1.3 eingefügt:

1. Zur Zielerreichung sollen die Personalressourcen in der Straßenbauverwaltung durch frühzeitige Berücksichtigung der demografischen Entwicklung verstärkt werden **und die geeigneten Auszubildenden in den Straßenmeistereien übernommen werden.**
2. **Die stärker befahrenen Kreisstraßen sollen die heutigen Verkehrsanforderungen erfüllen und entsprechend saniert und ausgebaut werden. Die Verwaltung hat hierzu eine Prioritätenliste und Vorschläge für das zur Planung und Projektsteuerung erforderliche Personal zu erarbeiten.**

**In der Kreisstrategie wird das Leitziel „Verstärkte Förderung der Biodiversität an Straßenrändern und angrenzenden Flächen“ vorgesehen.**

**Die Straßenbauverwaltung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Maßnahmen zur Verbesserung der Biodiversität an geeigneten Modellflächen umzusetzen.**

**Es werden folgende Zusätze eingefügt:**

- **Z.1.4: Verbesserung der Biodiversität an geeigneten Straßenbegleitflächen**
- **Leistungen: Umsetzung von Modellprojekten zur Verbesserung der Biodiversität an Straßenbegleitflächen; Veränderte Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen und ihre Auswertung**

Leitziel: PLANEN UND BAUEN / UMWELT, NATUR UND ENERGIE

Zuständigkeit: *Betriebsausschuss des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser, Pflegeschule*

Handlungsfelder: **Immobilien des Kreises**

- **Verwaltungsgebäude / Sonstige Gebäude**
- **Sonderschulen**
- **Berufsbildende Schulen**
- **Einrichtungen für Asylbewerber / Spätaussiedler**

Der Eigenbetrieb IKP wird beauftragt, die Kennzahlen der Handlungsfelder zu überarbeiten.

### Angelegenheiten des Dezernates III

Leitziel **ARBEIT UND SOZIALES**

Zuständigkeit *Sozialausschuss*

1. Das Leitziel Arbeit und Soziales wird beibehalten.
2. Zu seiner Umsetzung werden folgende weitere Maßnahmen beschlossen:
  - Es werden zielgerichtet Projekte zur Kosten- und Fallsteuerung mit begleitendem Finanz- und Wirkungscontrolling geschaffen
  - Das Ziel der Verringerung des Anteils stationärer Fälle im Vergleich zu ambulanten Fällen im Bereich der Eingliederungshilfe wird weiter verfolgt. **Es soll anhand von Kennzahlen dargestellt werden, wie viele Personen aus der Heimunterbringung in ein selbstbestimmtes Leben in einer Wohngruppe wechseln konnten.**
  - Die bisherige Kennzahl zur Zielerreichung im Handlungsfeld „Bildung und Teilhabe“ wird durch eine Quote ersetzt.
  - Die Ziele in den Handlungsfeldern „Hilfen für junge Menschen und Familien“ und „Kindertagesbetreuung“ werden weiter verfolgt.
3. Die Ziele der Handlungsfelder „Hilfe für ältere Menschen/Pflegestützpunkt“ und „Unterhaltsvorschuss“ werden wegen Zielerreichung nicht weiter verfolgt.

Handlungsfeld: **Langzeitarbeitslose**

**Für das Jahr 2017 wird folgendes Ziel (Produktgruppe 3120) mit aufgenommen:**

**Z 5: Jeder Flüchtling/Asylsuchende soll ein Angebot über den Zugang zum zweiten Arbeitsmarkt erhalten.**

**Die Integration von Flüchtlingen und Bleibeberechtigten soll gefördert werden. Der Landkreis beteiligt sich deshalb am Projekt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Schaffung von zusätzlichen „Arbeitsgelegenheiten“ und fördert damit den Übergang vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt. Das Projekt wird in Abstimmung mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter, DiPers und dem Amt für Migration und Integration durchgeführt werden.**

Angelegenheiten des Dezernates III

Leitziel **KINDER, JUGEND UND FAMILIE**

*Zuständigkeit: Jugendhilfeausschuss*

Handlungsfeld: **Unterhaltsvorschuss**

- 1. Die Ziele in den Handlungsfeldern „Hilfen für junge Menschen und Familien“ und „Kindertagesbetreuung“ werden weiter verfolgt.**
- 2. Die Ziele des Handlungsfeldes „Unterhaltsvorschuss“ werden mindestens auf dem derzeitigen Niveau weiter verfolgt.**

Angelegenheiten des Dezernates IV

Leitziel **UMWELT, NATUR UND ENERGIE**

*Zuständigkeit: Ausschuss für Umwelt und Technik*

Handlungsfeld: **Moorschutz**

Das Handlungsfeld Moorschutz bleibt bestehen. Das Ziel Z2 wird gestrichen, da die Untere Naturschutzbehörde keine eigenen Projekte mehr durchführt.

Als neues Ziel wird aufgenommen:

Begleitung und Genehmigung von Ökokontomaßnahmen im Bereich von Wiedervernässungen von Mooren.

***Außerdem wird ein zusätzliches Handlungsfeld aufgenommen:***

***Ökokontomaßnahmen***

Angelegenheiten des Dezernates V

Leitziel: KRANKENHAUSVERSORGUNG UND GESUNDHEIT

Zuständigkeit: *Sozialausschuss*

Handlungsfeld: **Heimaufsicht**

Die Verwaltung erhält den Auftrag, einen landesweiten Vergleich über die Erfüllung der Überprüfungsquote der Heimaufsicht anzustellen.

***2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu den daraus folgenden Änderungen bei den Finanz- und Personalressourcen dem Kreistag Vorschläge zur Entscheidung im Rahmen der HH-Beratungen 2017 zu unterbreiten.***

**Beratungsergebnis:** bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen mehrheitlich **modifiziert** beschlossen

6. 0163/2016

**Kreishaushalt und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser, Pflegeschule für das Jahr 2017**

Die Fraktionsvorsitzenden Restle, Spieß, Pfluger, Bindig und S. Scharpf halten nacheinander

der die Haushaltsreden ihrer Fraktionen.

Anmerkung der Schriftführung:

*Die Haushaltsreden wurden dem Protokoll als Anlage beigelegt.*

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung für 3 Minuten, um sich mit den Fraktionsvorsitzenden über das weitere Procedere zu beraten.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung teilt der Vorsitzende mit, dass die unter TOP 4.1 beschlossenen Mittel für das Welcome Center zum Bestandteil des Verwaltungsvorschlags für den Haushalt gemacht werden und hierzu keine Anträge gestellt werden müssen.

KR Bindig informiert über die Fortschreibung der Kreisstrategie und die Auswirkungen auf die Ressourcen, hauptsächlich auf den Stellenplan. Die Verwaltung habe diese Teile (noch) nicht in den Entwurf des Haushalts 2017 eingearbeitet. Im Einzelnen hätten die unter TOP 5 beschlossenen Fortschreibungsmaßnahmen nun folgende personalressourcenbezogene Änderungsanträge zum Stellenplan zur Folge:

## **1. Dezernat Erste Landesbeamtin**

**Amt für Migration und Integration: Aufstockung Projekt „Return“ (0,5 Stelle S 11)**

**Finanzressource ca. 35.000 €**

→ vgl. Vorlage 0132/2016, Seite 2 oben, Handlungsfeld „Asylbewerber und Migranten“: Die Rückkehrberatung soll verstärkt werden.

## **2. Dezernat Arbeit und Soziales**

**Lebenswegplaner im Projekt „Empowerment von Menschen mit geistiger Behinderung“ (0,5 Stelle S12) Finanzressource ca. 52.000 €**

→ vgl. Vorlage 0132/2016, Seite 3 unten, Handlungsfeld „Verringerung des Anteils stationärer Fälle im Vergleich zu ambulanten Fällen im Bereich der Eingliederungshilfe“

Zur Zielerreichung benötigt das Anschlussprojekt zum Bewilligungsprojekt „Empowerment von Menschen mit geistiger Behinderung“ die Schaffung einer Stelle eines Lebenswegplaners für die Jahre 2017 und 2018 im Umfang von 0,5 Stellenanteilen.

### 3. Dezernat Recht, Ordnung und Landwirtschaft

#### Gesundheitsamt: Heimaufsicht (0,5 Stelle EG10 / A11)

Finanzressource ca. 40.000 €

→ vgl. Vorlage 0132/2016, Seite 4 oben, Handlungsfeld „Krankenhausversorgung und Gesundheit“: Die Verwaltung erhält den Auftrag, einen landesweiten Vergleich über die Erfüllung der Überprüfungsquote der Heimaufsicht anzustellen.

Der landesweite Durchschnitt der Begehungsquote der Alten- und Pflegeheime beträgt nach zwischenzeitlich eingeholter Auskunft des Sozialministeriums 80%. Mit dem vorhandenen Personal kann im Landkreis Ravensburg im Jahr 2017 nur eine Begehungsquote von ca.50 % erreicht werden. Die beschriebene Stellenaufstockung würde eine Erreichung des Landesdurchschnitts ermöglichen.

KR Bindig teilt mit, dass die Fraktionsvorsitzenden soeben überein gekommen seien, diese Stellen durch einen entsprechenden Antrag in den Haushaltsplan zu übernehmen, sie dabei aber mit einem Sperrvermerk („Freigabe durch den Verwaltungsausschuss“) zu versehen.

Der Vorsitzende kündigt an, diesen Antrag im Anschluss an die Entscheidungen über die zuvor eingereichten Anträge der Fraktionen zur Abstimmung zu stellen.

#### **Ergänzter Antrag der SPD (Anlage 12 zur Vorlage 0163/2016):**

Im Haushalt 2016 werden zur Erledigung der Aufgabe Erhaltung des Kreisstraßennetzes zusätzlich 1,5 Stellen und Investitionsmittel in Höhe von 500.000 € bereitgestellt, **mit Sperrvermerk „Freigabe durch den Ausschuss für Umwelt und Technik“**.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen

#### **Gemeinsamer Antrag von SPD und Grüne (Anlage 13 zur Vorlage 0163/2016):**

KR Bindig wünscht den Zusatz: „... falls keine andere Finanzierung gefunden wird.“

KR Spieß bezeichnet die Entscheidung bis zur Vorlage von weiteren verbindlichen Informa-

tionen über die Landesmittel als verfrüht.

KR Forderer rät ebenfalls zum Abwarten.

Herr Baur lässt wissen, dass laut Aussagen des Kultusministeriums die Landesförderung verbindlich zum 31.03.2017 auslaufen wird. Die Verwaltung suche nun nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten für diese wichtigen Beratungsleistungen. Der Antrag der SPD-Fraktion bilde somit eine „Rückfall-Ebene“.

Für KR Spieß steht die Wichtigkeit dieser Aufgabe außer Frage. Dennoch dürfe man jetzt nicht zu Schnellschüssen neigen. Gegebenenfalls könne die Finanzierung auch über eine überplanmäßige Ausgabe gesichert werden.

Herr Baur verweist auf die befristeten Arbeitsverhältnisse und den aktuellen Verlängerungsbedarf der Verträge. Vor einer Vertragsfortsetzung müsse die Finanzierung für das gesamte Jahr gesichert sein.

Auch KRin Fiegel-Hertrampf plädiert um der Planungssicherheit wegen für eine heutige Beschlussfassung über die Mittel.

KR Restle hält es für ein falsches Signal in den politischen Raum, jetzt gleich „in die Bresche zu springen“. Die Sponsorsuche würde ihre Wirkung verfehlen, wenn der Landkreis sofort die Finanzierung übernimmt.

Frau Raedler gibt zu bedenken, dass die anstehenden Vertragsverlängerungen für 4 Stellen (jeweils befristet bis Ende 2016) nur nach einer heutigen Beschlussfassung möglich seien.

KR Spieß hätte diese Information gerne früher gehabt.

KRin G. Müller betont, dass sowohl die Verwaltung als auch der Jugendhilfeausschuss von der Entscheidung des Landes überrascht wurden.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung für 10 Minuten. Die Fraktionen beraten über die Situation.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung kritisiert KR Forderer das Procedere in dieser Angelegenheit. Ein entsprechender Beschlussentwurf zur Finanzierung und damit Fortsetzung

der vier Stellen hätte seines Erachtens von der Verwaltung veranlasst werden müssen.

KR Bindig ergänzt den Antrag um den Vorrang des Sponsorings.

**Ergänzter Gemeinsamer Antrag von SPD und Grüne (Anlage 13 zur Vorlage 0163/2016):**

Für das Projekt „Jugendberufshilfe – Projekt „Wege in die Ausbildung (WegA)“ werden zusätzlich 52.000 € eingestellt, **falls keine andere Finanzierung gefunden wird.**

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Gemeinsamer Antrag von SPD und Grüne (Anlage 14 zur Vorlage 0163/2016):**

„Der Zuschuss des Vereins „Frauen und Kinder in Not e.V.“ wird um 14.000 € (0,2 Personalstellen) aufgestockt.“

KRin Pfluger erläutert den Bedarf der Interventionsstelle mit dem zurückgehenden Spendenaufkommen des Trägervereins.

KR Spieß kann die Bitte nachvollziehen. Allerdings gebe es immer erklärliche Wünsche. Er hebt hervor, dass eine Zustimmung zum Antrag „nicht für alle Ewigkeiten gelten“ müsse.

Der Zuschuss des Vereins „Frauen und Kinder in Not e.V.“ wird um 14.000 € (0,2 Personalstellen) aufgestockt.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen (bei 1 Enthaltung)

**Antrag von KR Bindig für alle Fraktionen:**

Die im Infopapier „Fortschreibung der Kreisstrategie und Stellenplan“ an die Fraktionsvorsitzenden aufgeführten Stellen (Aufstockung Return-Projekt, Empowerment von Menschen mit geistiger Behinderung und Heimaufsicht) werden in den Haushaltsplan 2017 eingearbeitet, aber mit einem Sperrvermerk „Freigabe durch den Verwaltungsausschuss“ versehen.



Frau Raedler und Herr Hägele schildern die Auswirkungen auf den Stellenplan im Einzelnen.

**Beratungsergebnis:** bei einer Gegenstimme mehrheitlich beschlossen

**Beschlussentwurf der Vorlage 0163/2016 in der Fassung der soeben erfolgten Änderungsbeschlüsse**

Der Haushaltsplan und die Haushaltssatzung der Kernverwaltung, sowie der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Immobilien, Krankenhäuser und Pflegeschule (IKP) für das Jahr 2017 werden verabschiedet.

**Beratungsergebnis:** bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich **modifiziert** beschlossen

7. 0174/2016

**Beitritt zur selbständigen Kommunalanstalt des öffentlichen Rechts "Komm.Pakt.Net."**

**Beschlussentwurf:**

Dem Beitritt zur selbständigen Kommunalanstalt des öffentlichen Rechts "Komm.Pakt.Net." nach Maßgabe der Anstaltssatzung wird zugestimmt.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Angelegenheiten des Abfallwirtschaftsamtes**

8. 0204/2016

**Fortschreibung des Deponiebewirtschaftungskonzepts "Inertstoffdeponie Gutenfurt" ab dem Jahr 2018**

**Beschlussentwurf:**

Der Betrieb der Inertstoffdeponie Gutenfurt erfolgt entsprechend der vorgestellten

Verfüll-Variante 2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit anderen Anlagebetreibern in Baden-Württemberg über Kontingente bzw. Kooperationen ab dem Jahr 2021 zu verhandeln.

**Änderungsantrag von KR Sing:**

Der Beschlussentwurf der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

**Über die Ergebnisse der Verhandlungen ist im Herbst 2017 im Ausschuss für Umwelt und Technik zu berichten.**

**Beratungsergebnis:** bei 1 Gegenstimme mehrheitlich beschlossen

**Modifizierter Beschlussentwurf aufgrund des Antrags von KR Sing:**

Der Betrieb der Inertstoffdeponie Gutenfurt erfolgt entsprechend der vorgestellten Verfüll-Variante 2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit anderen Anlagebetreibern in Baden-Württemberg über Kontingente bzw. Kooperationen ab dem Jahr 2021 zu verhandeln.

**Über die Ergebnisse der Verhandlungen ist im Herbst 2017 im Ausschuss für Umwelt und Technik zu berichten.**

**Beratungsergebnis:** einstimmig **modifiziert** beschlossen

**Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP**

**9. 0206/2016**

**Eigenbetrieb Immobilien, Krankenhäuser und Pflegeschule - Fortschreibung von Betriebssatzung und Geschäftsordnung**

**Beschlussentwurf:**

Der vorgeschlagenen Fortschreibung der Betriebssatzung sowie der Geschäftsordnung des Eigenbetriebs IKP wird zugestimmt.

Die Betriebsleitung besteht aus zwei Betriebsleitern. Herr Franz Baur, Leiter Dezernat II, wird zum Ersten Betriebsleiter bestellt. Die Stelle des zweiten Betriebsleiters soll unverzüglich öffentlich ausgeschrieben werden.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen

10. 0181/2016

**Oberschwabenklinik - Verlängerung der Stundungsvereinbarung mit dem Eigenbetrieb Immobilien, Krankenhäuser und Pflegeschule für 2017**

**Beschlussentwurf:**

Die vereinbarte Stundung von Forderungen für die Zeiträume 2010 bis 2014 wird um ein Jahr bis zum 31.12.2018 verlängert.

Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür notwendige Vereinbarung mit der Oberschwabenklinik abzuschließen.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen

11. 0179/2016

**Fortschreibung Instandhaltungs- und Investitionsprogramm der kreiseigenen Gebäude**

**Beschlussentwurf:**

Dem vorgelegten Instandhaltungs- und Investitionsprogramm für das Jahr 2017 wird grundsätzlich zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einzelmaßnahmen zu gegebener Zeit in den zuständigen Ausschüssen vorzustellen. Die abschließende Entscheidung über die Realisierung erfolgt entsprechend den Regelungen der Hauptsatzung in den dafür zuständigen Gremien.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen

12. 0184/2016

**Verwaltungs- und Gesundheitszentrum Leutkirch - Einbau eines Hospizes**

## **Beschlussentwurf:**

Der Kreistag begrüßt grundsätzlich die Einrichtung eines stationären Hospizes im Gebäude Ottmannshofer Straße 44 in Leutkirch. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Leistungen zur Ausarbeitung einer Vor- und Entwurfsplanung mit Kostenberechnung zum Einbau eines Hospiz im 2. Obergeschoss in eigener Zuständigkeit zu beauftragen sowie die Mietverhandlungen mit der St. Elisabeth-Stiftung voranzutreiben und dem Kreistag im Mai 2017 zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen

## **Angelegenheiten des Jobcenters**

13. 0142/2016

### **Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft - Fortschreibung**

KR Immler zeigt sich irritiert über die im Schlüssigen Konzept aufgeführten Zahlen und Angaben zur Stadt Isny.

Frau Raedler verweist auf die Erhebung und Auswertung des Instituts empirica.

### **Modifizierter Beschlussentwurf des Sozialausschusses:**

Der als Anlage beigefügten Fortschreibung des Schlüssigen Konzepts zur Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII ab 01.01.2017 wird zugestimmt.

**Dabei gilt folgendes Stufenverfahren:**

**Ab 01.01.2017 wird das untere Viertel des Wohnungsmarktsegmentes zugrunde gelegt.**

**Ab 01.01.2018 erfolgt der Wechsel auf das untere Drittel des Wohnungsmarktsegmentes.**

**Beratungsergebnis:** bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich **modifiziert**

beschlossen

## **Mitteilungsvorlagen**

14. 0219/2016

**Dritter Kommunalen Bildungsbericht 2016 - Erste Ergebnisse und Befunde;  
Gast: Herr Prof. Hans Döbert, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische  
Forschung (DIPF)**

Herr Prof. Dr. Döbert stellt den Bildungsbericht mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

Der Vorsitzende lobt das umfangreiche und fundierte Werk.

Auf Wunsch von KR Forderer schlägt der Vorsitzende vor, den Bildungsbericht zur weiteren Beratung in den Kultur- und Schulausschuss zu verweisen.

KR Ewald sucht Unterstützung für die Kommunen beim Umgang mit den Werkrealschulen bzw. der „Realschule plus“.

KRin Fiegel-Hertrampf bittet darum, die Präsentations-Folien zur Verfügung zu stellen. Auch sie hätte sich mehr Beratungszeit für dieses Thema gewünscht. Sie erkundigt sich nach den verschiedenen Gründen für das Scheitern von Integrationskursen („Wer kann und will nicht – Wer will und kann nicht?“)

Der Vorsitzende bietet an, Herrn Prof. Dr. Döbert nochmals in die nächste Sitzung des Kreistags einzuladen (anstelle der Verweisung in den Ausschuss).

KR Clement interessiert sich für die Themen

- Sprachförderung und
- Abstimmung von Nachmittagsunterricht und Vereinsarbeit

Herr Prof. Dr. Döbert beantwortet die erste Fragerunde.

KR M. Lang erkundigt sich nach gesetzlichen Vorgaben zum Angebot von Sprachkursen für Flüchtlinge.

KR Stütze legt Wert darauf, die duale Ausbildung zu stärken. Außerdem solle dem Mehr-Zugang bei Gymnasien entgegengewirkt werden.

Herr Prof. Dr. Döbert und Herr Baum gehen auf die verschiedenen Aspekte der zweiten Fragerunde ein.

Der Vorsitzende möchte wissen, ob das Gremium die Absicht hat, den Bildungsbericht in der März-Sitzung des Kreistags noch einmal zu diskutieren.

KR Bindig hält es für effektiver, die Angelegenheit zuvor im Ausschuss zu beraten.

KRin Fiegel-Hertrampf stimmt dieser Einschätzung zu.

KR Engler regt an, interessierte Kreisräte in die Ausschuss-Sitzung einzuladen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass ohnehin alle Kreisräte eine Einladung zu den Ausschuss-Sitzungen bekommen.

In allgemeiner Übereinstimmung soll Herr Prof. Dr. Döbert nicht zur Ausschuss-Sitzung hinzugezogen werden.

Der Vorsitzende macht folgenden **Beschlussvorschlag**:

Der Kommunale Bildungsbericht 2016 wird zur weiteren Beratung in den Kultur- und Schulausschuss verwiesen.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen

## **15. Mitteilungen und Anfragen**

### Überörtliche Prüfung der Bauausgaben des Landkreises Ravensburg in den Haushaltsjahren 2011-2013

Herr Baur gibt bekannt, dass das Regierungspräsidium Tübingen die überörtliche Prüfung

mit folgender Feststellung abgeschlossen hat:

„Die im Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg vom 25.02.2015 getroffenen Feststellungen können aufgrund der Stellungnahmen und der Zusagen des Landkreises als erledigt gelten.“

### Humanitäre Hilfen 2016

Der Vorsitzende erinnert an die Tradition der humanitären Hilfen. Er teilt mit, dass insgesamt 20 Projekte ausgewählt worden seien.

### Hospizarbeit

KRin Fiegel-Hertrampf nimmt Bezug auf den geplanten Bau eines Hospizes in Leutkirch. Bei aller Wertschätzung für eine derartige Einrichtung dürfe man jedoch nicht die Anliegen der ambulanten Hospizgruppen aus dem Auge verlieren. Auch dort werde wertvolle Arbeit geleistet, die ebenfalls entsprechend kommuniziert werden müsse.

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Axel Müller

Oliver Spieß



## **Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Bürgermeister Volker Restle**

in der Kreistagsitzung am 14. Dezember 2016 zum Kreishaushalt 2017

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat,  
liebe Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder der Verwaltung,  
verehrte Gäste und Vertreter der Presse,

Ich möchte meine diesjährige Haushaltsrede unter die Überschrift, „den Wandel gestalten“ stellen. Unsere Welt, aber auch unsere Gesellschaft ist in vielen Bereichen im Wandel begriffen. Wir spüren, dass sich Gewohntes verändert und lieb gewonnene Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt werden. Unser Land galt lange als ein Hort der politisch stabilen Mitte mit einem breiten bürgerschaftlichen Konsens in den wichtigsten gesellschaftlichen Fragen. Dieser Konsens scheint nun nach und nach zu bröckeln. Die aktuellen Herausforderungen der Welt – die Flüchtlingskrise, der Brexit, die Diskussionen um Europa oder auch die Niedrigzinsphase und ihre Auswirkungen auf uns alle – beschäftigen viele tagtäglich und führen dazu, dass die politische Grundausrichtung und das Ringen um den richtigen Weg anders und teilweise auch schärfer diskutiert werden als je zuvor. Die in einigen europäischen Ländern anstehenden Wahlen im kommenden Jahr werden diese Diskussionen sicher noch einmal zuspitzen, sicher auch bei uns.

Aber was hat das alles mit uns im Landkreis Ravensburg zu tun?

Nun, zum Einen betreffen uns die Auswirkungen dieser Krisen direkt und unmittelbar. Zum Zweiten haben wir aber als Kommunalpolitiker eine entscheidende Verantwortung dafür, wie wir uns diesen Fragen stellen wollen. Veränderungen hat es in der Geschichte schon in weitaus größerem Ausmaß gegeben, insofern sollten sie uns auch keine Angst machen, denn nichts ist beständiger als der Wandel. Und die vielleicht vornehmste Pflicht der Kommunalpolitik ist es gerade, diesen Wandel zu gestalten. Das ist unsere erste Aufgabe, unsere Verpflichtung und dazu soll auch dieser Haushalt 2017 seinen Beitrag leisten.

Im letzten Jahr bis in den Frühsommer dieses Jahres haben wir im Landkreis jeden Monat mehrere hundert Menschen, die auf der Flucht waren aufgenommen. Glücklicherweise ist diese Zahl zwischenzeitlich drastisch gesunken, jedoch plant der Kreis, dass in 2017 wieder mehr Menschen zu uns kommen und rechnet mit steigender Tendenz wieder mit ca. 50 Personen pro Monat.

Im Landkreis Ravensburg wurde nicht gefragt ob wir das schaffen, sondern wir haben es angepackt. Wir sind dankbar, dass der Landkreis gemeinsam mit den Städten und Gemein-  
Sitzung des Kreistages vom 14.12.2016

den diese manchmal kaum zu stemmende Aufgabe wirklich geschafft hat. Wir sind dankbar für ein tolles ämterübergreifendes Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes. Wir sind dankbar für eine unglaubliche Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung im ganzen Landkreis. Es war kein Einzelfall, dass in einer Unterkunft mehr Ehrenamtliche als Flüchtlinge zu finden waren. Ich bin dankbar, dass der Landkreis mit den Städten und Gemeinden einen Weg gefunden hat, diese Aufgabe gemeinsam zu bewältigen. Was wir im Landkreis Ravensburg entwickelt und geleistet haben dürfen wir – vielleicht auch mit ein bisschen Stolz – als ziemlich gelungen ansehen.

Nun steht ein Perspektivenwechsel an. Die vorläufige Unterbringung ist gesichert und verläuft in geregelten Bahnen aber das nun folgende Thema **Integration** fordert uns nun umso stärker heraus. Integration hat viele Facetten:

Natürlich primär die Sprache, Bildung, Schule, Ausbildung und Beruf. Aber über allem steht jedoch das Zusammenleben und der soziale Frieden in unserem Landkreis. Bisher ist uns dies gut gelungen, wir müssen nun aber noch einmal eine Schippe drauf legen.

Integration erfordert Zeit und Geduld, vor allem aber intensive Betreuung und damit Personal. Das alles kann nicht von Ehrenamtlichen geleistet werden. Wir dürfen diese nicht alleine im Regen stehen lassen sondern müssen auch von unserer Seite – damit meine ich die Gemeinden und den Landkreis – Beistand leisten. Der Haushalt 2017 sieht für diesen Bereich weiter eine große Anzahl von Stellen vor, sei es im Bereich des Jobcenters oder dem Amt für Integration und Migration. Bisher hat sich die Sozialarbeit überwiegend auf die vorläufige Unterbringung in den Gemeinschaftsunterkünften beschränkt. Diese wird nun auch auf die Anschlussunterbringung ausgeweitet werden müssen, denn immer mehr Menschen kommen in den Städten und Gemeinden an. Ich bin deshalb sehr froh, dass der Landkreis im Rahmen unseres Solidarpaktes für ein weiteres Jahr die soziale Betreuung auch in der Anschlussunterbringung finanziert.

Bei allem Pragmatismus, der sich bewährt hat und an dem wir festhalten wollen: Diese Integration kostet Geld und der vom Land viel beschworene „Pakt für Integration“ muss nun mit Leben und Inhalt gefüllt werden. So sollten wir uns nochmals darüber im Klaren werden, ob das Angebot an Deutschkursen ausreicht. Des Weiteren darf ich auf den Antrag der CDU Kreistagsfraktion vom 11.11.2016 verweisen, nachdem jeder Asylsuchende eine ihm angebotene Arbeitsgelegenheit annehmen muss und bei einer Verweigerung entsprechende Sanktionen in Kraft treten.

Die vom Land versprochene Spitzabrechnung heißt noch lange nicht, dass wir alles bekommen, was wir im Landkreis an Aufwand haben und hatten. Mittlerweile besteht zwar weitgehend Einigkeit bei den Kosten der Unterbringung, der sozialen Betreuung und auch bei den

Gesundheitskosten. Was aber definitiv nicht erstattet werden wird, ist der verwaltungstechnische Aufwand, insbesondere die Personalkosten innerhalb der Verwaltung. Wir müssen davon ausgehen, dass wir bis auf absehbare Zeit jährlich einen siebenstelligen Betrag aus der Kreiskasse beisteuern werden, konkret im kommenden Jahr sind dies 6,4 Mio. Euro.

Was mir noch Sorge bereitet, ist die Tatsache, dass sich das Land nicht mehr an seine im Herbst des vergangenen Jahres gegebene Zusage hält, nur die Menschen auf die Landkreise zu verteilen, bei denen eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass sie dauerhaft in Deutschland bleiben können. Das ist bei den jüngst in die Nachbarkreise zugewiesenen Menschen aus Afrika zum größten Teil nicht der Fall. Damit bleibt zu befürchten, dass es wieder zu der altbekannten und unbefriedigenden Situation kommt, dass Menschen monatelang hier sind, Ehrenamtliche und der Kreis sich intensiv um sie kümmern, um dann nach langem Verfahren der Abschiebung oder freiwilligen Ausreise entgegen zu sehen.

Gerne will ich auch noch ein Thema aufgreifen, das nicht unmittelbar mit der Flüchtlingsproblematik zu tun hat, durch diese aber noch drängender geworden ist, nämlich den Wohnungsbau.

Unsere vielen Gespräche, die wir in diesem und im vergangenen Jahr hierüber geführt haben, haben vor allem ein Ergebnis gebracht: Wenn nicht die öffentliche Hand Grundstücke zu günstigen Konditionen oder planerische Rahmenbedingungen zur Verfügung stellt, dann wird es nicht möglich sein, günstigen Wohnraum neu zu bauen. Und wenn günstiger Wohnraum errichtet werden soll, müssen wir aufpassen, dass kein Sozialneid und auch keine „Einfachsiedlungen“ entstehen. Also: nicht nur Wohnungen für Flüchtlinge, und nicht nur Häuser für Geringverdiener. Wir sind uns einig, dass diese Aufgabe in erster Linie vor allem eine Sache der Städte und Gemeinden ist, aber ich werde den Eindruck nicht los, dass hier bei uns noch zu wenig läuft und wir uns im nächsten Jahr im Rahmen des runden Tisches zusammensetzen und diskutieren sollten, wie der Landkreis hier auch sein Scherflein dazu beitragen könnte.

Der größte Posten in unserem Haushaltsplan ist nach wie vor der Sozialhaushalt. Große Sorgen bereitet mir unverändert die Entwicklung der Kosten im Sozialdezernat insbesondere der Nettoressourcenbedarf für die sozialen Hilfen. Der Zuschussbedarf in diesem Bereich ist von 86,1 Mio. Euro im Jahr 2011 auf nunmehr 107,5 Mio. Euro gestiegen, berücksichtigt man noch die Ausgaben für die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe steigen die Ausgaben um weitere 18 Mio. Euro auf einen neuen Höchststand von 126 Mio. Euro, die vom Landkreis zu tragen sind. Die von uns angesetzte Kreisumlage, deckt dieses Defizit nur noch zu gerade einmal 88,6 % ab. Hier sind die dem Landkreis bleibenden Kosten für den Flüchtlingsbereich noch nicht hinzugerechnet.

Im Durchschnitt aller baden-württembergischen Landkreise beträgt 2016 die Deckungsquote über 99%. Hier schlägt insbesondere zu Buche, dass wir im Landkreis Ravensburg eine sehr hohe Leistungserbringung in diesem Bereich durch die vielen hoch qualifizierten Einrichtungen haben. Ich glaube aber nicht, dass wir es uns auf Dauer werden leisten können, derart deutlich hinter dem Durchschnitt der Landkreise zurück zu bleiben.

Richtig besorgniserregend sind dabei die Entwicklungen, die noch vor uns liegen. In dem aktuell laufenden Gesetzesverfahren zur Neuregelung der Pflege werden neue Ansprüche geschaffen, die kostentreibend wirken und damit die Pflegeheimkosten deutlich erhöhen werden. Darüber hinaus wird auch der Kreis der Bedürftigen weiter ausgeweitet. Man kann dies grundsätzlich positiv sehen: wer will letztlich älteren und bedürftigen Menschen nicht helfen. Fakt ist aber, dass dies alles zusätzliches Geld kostet, das die Betroffenen immer weniger selbst aufbringen können, sodass letztlich der Staat – konkret also wir! – über die Sozialhilfe einspringen muss.

Wir müssen realistisch sein: Diese Entwicklung werden wir nicht aufhalten können. Umso wichtiger ist es, dass wir ergänzend zur Abfederung neue Formen der eigenen Vorsorge und niederschwellige Angebote aufbauen. Wir müssen daran arbeiten, dass Heimaufenthalte so lange als möglich hinausgeschoben oder gar ganz vermieden werden können. Im Rahmen unserer Inklusionskonferenz sollten wir deshalb das Thema Integration von behinderten Menschen weiterentwickeln. Wir müssen unseren Kreispflegeplan unter Berücksichtigung der Weiterentwicklung des kreisseniorenpolitischen Konzepts fortschreiben und sollten uns gemeinsam mit der Stadt Ravensburg und den freien Trägern eine neue Konzeption der Tagesstrukturen für stark Drogenabhängige überlegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir über diese Entwicklung nachdenken so drängt sich vor allem eine Frage auf. Noch können wir die steigenden Sozialkosten über unsere starke Wirtschaft auffangen. Was aber passiert, wenn die wirtschaftliche Entwicklung einmal nicht mehr nach oben geht oder gar einbrechen sollte? Die Einführung von Ansprüchen und das Setzen von neuen Standards ist leicht. Spätere Einschnitte dagegen werden erfahrungsgemäß umso schwieriger sein.

Wir können uns diese sozialen Standards dauerhaft nur leisten, wenn das dafür notwendige **Wirtschaftswachstum** gegeben ist. Investieren und wachsen müssen unsere Betriebe alleine. Wir als Landkreis müssen im Rahmen unserer Möglichkeiten aber alles dafür tun, dass wir durch positive Rahmenbedingungen in unserem Landkreis beste Bedingungen dafür schaffen. Dazu gehören neben unseren Berufsschulen, auch unsere Hochschulen und auch eine funktionierende Breitbandinfrastruktur, effiziente Verwaltungsabläufe aber vor allem ein

positives Denken für die Notwendigkeit von wirtschaftlichen Belangen. Diese Entwicklungen müssen wir im Blick haben und nach Kräften fördern.

Der uns heute zum Beschluss vorliegende Haushalt sieht vor, den Kreisumlagehebesatz wie in den vergangenen Jahren bei 32,5 Prozentpunkten zu belassen. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Landkreis im nächsten Jahr auch gleich viel Geld von den Städten und Gemeinden erhält, nein, durch eine weiter ansteigende Steuerkraft zahlen die Kommunen im nächsten Jahr 2,3 Mio. mehr in die Kreiskasse. Auch durch den mittlerweile ergangenen Haushaltserlass des Landes wird der Kreis gegenüber der vorgelegten Planung weitere 3,6 Mio. an Mehreinnahmen erhalten.

Allein diese Mehreinnahmen aus dem Haushaltserlass ließen eine (wie in einigen Nachbarlandkreisen auch praktizierte) Senkung der Kreisumlage zu. Dies würde für viele unsere Städte und Gemeinden sicherlich eine Entlastung darstellen, da viele - um ihre Aufgaben erfüllen zu können - im nächsten Jahr entsprechend Kreditaufnahmen tätigen müssen. Wir haben einen solchen Antrag auf Senkung der Kreisumlage in diesem Jahr jedoch bewusst nicht gestellt, da wir im Landkreis neben den bereits beschriebenen Aufgaben in der Sozial- und Flüchtlingspolitik noch weitere Baustellen offen haben.

Unser größtes Problem in den vergangenen Jahren war nicht in erster Linie die Bereitstellung einer modernen Gesundheitslandschaft für unsere Bürgerinnen und Bürger, nein, unser Problem war diese in schwierigen Zeiten entsprechend zu finanzieren. Hier sind wir leider noch nicht an einem befriedigenden Ziel angekommen, jedoch zeigt sich Licht am Ende des Tunnels. So können wir in diesem Jahr die Fertigstellung und Inbetriebnahme des zweiten Bauabschnitts am Krankenhaus St. Elisabeth in Ravensburg feiern. Diese neuen Räumlichkeiten und eine hochmoderne Ausstattung werden das Krankenhaus und mit ihm die ganze OSK weiter beleben, zu höheren Umsätzen und hoffentlich auch alsbald wieder in ruhiges Fahrwasser bringen. Wir sehen, dass die OSK ihren sicherlich oft harten und auch mühseligen Weg des Sanierungsprozess positiv weitergeht und auch in vielen Punkten vorankommt. Der aktuell beschlossene Wirtschaftsplan stimmt uns hoffnungsvoll, dass sich der vom Kreis zu erbringende Anteil in einigen Jahren auf ein mit gutem Gewissen finanzierbares Niveau bewegt. Auch zeichnet sich mit der Einrichtung eines Hospizes und der Unterbringung von Teilen des Landratsamtes am Krankenhaus in Leutkirch eine sinnvolle Nachnutzung des Gebäudes ab.

Entsprechend den Planungen des Eigenbetriebs IKP kann der Verlustausgleich gegenüber dem Vorjahr von 7,94 Mio. auf 3,85 Mio. halbiert werden. Rechnet man die erforderlichen Kapitalzuführungen in Höhe von 4,0 Mio. hinzu, sind wir wieder bei der Summe des letzten Jahres und ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass wir mit dieser Summe, die nicht in die

Investition, sondern in den laufenden Betrieb geht, wieder mal ein Schulhaus hätten sanieren können.

Die wesentliche Position im investiven Bereich ist erneut die Kapitalzuführung an den Eigenbetrieb IKP für die Beschaffung von Geräten für die OSK und für die anteilige Eigenfinanzierung der Baumaßnahmen an den Krankenhäusern, insbesondere das Elisabethenkrankenhaus in Ravensburg in Höhe von 12,45 Mio. Euro. Durch einen Verzicht auf die Senkung der Kreisumlage und statt dieser die Investitionsspritze an den Eigenbetrieb IKP kann hier auf eine Kreditaufnahme verzichtet werden. Das gibt uns Luft für die weiteren großen Aufgaben vor denen der Landkreis in den nächsten Jahren steht.

Wir reden oft davon, dass der wirtschaftliche Wohlstand, der in unserem Landkreis herrscht, das Ergebnis der Arbeit der Menschen und Unternehmen im Landkreis ist und dass wir als Kommunalpolitiker dafür sorgen tragen müssen, dass die Rahmenbedingungen hierfür gegeben sind. Und dort, wo sie nicht gegeben sind, sollten wir sie verbessern. Welche Aufgaben liegen deshalb vor uns ?

Noch nie hat der Landkreis über so viele Einnahmen verfügt, noch nie hat der Landkreis so viele Menschen beschäftigt, und noch nie schoben wir so viele Erhaltungs- und Investitionsleistungen vor uns her. Bei unseren Straßen und einigen Schul- und Verwaltungsgebäuden wird dies deutlich. Es handelt sich nicht nur um kosmetischen Bedarf, die Probleme liegen tiefer: Historische Karten zeigen, dass wir noch immer in Teilen des Kreises exakt den Wegeverläufen unserer kutschenfahrenden Vorfahren folgen, der Straßenunterbau entstammt wohl in Teilen auch der vormotorisierten Zeit. Unser ambitioniertes Radwegeprogramm wird bei Beibehaltung dieser Geschwindigkeit noch Generationen auf seine Verwirklichung warten und manche Gebäude und Brücken werden wohl bald eher von einer ruhmreichen Vergangenheit zeugen.

Wir wollen Museen, aber nicht zum Museum werden. Deshalb muss mehr getan werden als nur das von unseren Vorfahren geerbte Vermögen zu erhalten. Wir wollen unsere Infrastruktur den heutigen und künftigen Bedürfnissen anpassen, wir wollen Gefahrenstellen beseitigen, Unterhaltslasten bei Straßen und Gebäuden durch umfassende Sanierungsleistungen künftig reduzieren, den Rad- und Fußgängerverkehr attraktiver machen und der nächsten Generation den Weg bereiten. Deshalb müssen wir den Bereichen Straßen, Radwege und Gebäudeunterhalt in den nächsten Jahren mehr Ressourcen zur Verfügung stellen und in einem ersten Schritt im Straßen- UND RADWEGEBauamt weitere zusätzliche Ingenieurstellen schaffen. Wir werden deshalb den Antrag der SPD-Fraktion in diesem Bereich zustimmen. Damit wollen wir in den kommenden Jahren Projekte vorwärts bringen und gewappnet sein, wenn es darum geht staatliche Programme angreifen zu können.

Dass wir das können und zu den besten gehören können, zeigt der European Energy Award in Gold, den wir dieses Jahr in Zürich erhalten haben. Glückwunsch an uns und vielen Dank an unsere fleißigen Mitarbeiter und die Energieagentur.

Die Rückdelegation der Abfallwirtschaft mit Einführung der Biotonne war ein Kraftakt. Nicht alles verlief gleich nach Plan und schon bald zeigte sich, dass an manchen Stellen nachjustiert werden musste und nicht alle Regelungen, siehe Grünmüllkarte in der Praxis auch praktikabel sind. Diese Kinderkrankheiten konnten gerade noch rechtzeitig ausgeräumt werden, die Finanzen und das wenig verbliebene Deponievolumen bereiten uns aber weiterhin Sorge. Deshalb ist es für uns klar, dass die Deponierung lukrativer ausländischer Abfälle zugunsten von mehr eigener Entsorgungssicherheit baldmöglichst beendet werden muss und dass die vorhandenen Einsparpotentiale in diesem Bereich ermittelt und ergriffen werden sollten. Auch hier gilt unser Dank den Mitarbeitern unseres Abfallwirtschaftsamts, die im vergangenen Jahr wirklich sehr viel geleistet haben.

Erfreulich ist, dass alle unsere Bundesfernstraßenmaßnahmen beste Realisierungschancen haben. Der Molldiete-Tunnel in Ravensburg, Bad Waldsee mit seinen südlichen Ortschaften Reute und Gaisbeuren, Fronreute und Grossholzleute bei Isny haben Grund zur berechtigten Hoffnung. Neu ist auch, dass erstmals nicht mehr das Geld der begrenzende Faktor zu sein scheint, sondern der Mangel an Planungs- und Baupersonal. Wir sollten uns wappnen und gemeinsam mit dem Landkreistag beim Land dafür zu kämpfen, Planungsmaßnahmen gegen eine entsprechende Entschädigung notfalls auch mit Kreispersonal zu unterstützen. Lassen Sie uns es nicht nur politisches Gerede in den Haushaltsreden sein, sondern arbeiten Sie mit, dass der Landkreis sich genau diesen Aufgaben stellen kann. Schaffen und verbessern wir die Infrastruktur im Landkreis auf den unterschiedlichen Gebieten - in den Schulen, bei Straßen und im öffentlichen Nahverkehr, bei der Breitbandversorgung und den Radwegen. Auch deshalb unser Apell: Lassen Sie uns in einem ersten Schritt gemeinsam unser Straßenbauamt stärken.

Zum Schluss möchte ich noch einmal zur „großen Politik“ kommen, dieses Mal zur internationalen Finanzpolitik – allerdings mit ganz konkreten Auswirkungen auf den Landkreis Ravensburg. Ich bin weder Volks- noch Betriebswirt und angeblich will Herr Draghi ja die südeuropäischen Staaten dabei unterstützen, ihrer Schuldenlast zu entkommen - aber was der Chef der Europäischen Zentralbank mit seiner Null-Prozent-Zins-Politik betreibt, kann man nur mit der Tätigkeit eines Hasardeurs auf höchstem Niveau umschreiben.

Was hat das mit dem Landkreis Ravensburg zu tun? Zunächst einmal erleben wir vermeintlich Positives: Da es nichts mehr bringt, sein Geld auf der Bank anzulegen, fließen die Gel-

der in den Immobilienmarkt. Folge sind immer weiter steigende Einnahmen bei der Grunderwerbsteuer. Im Kreishaushalt 2017 ist diese auf einem Rekordniveau von 14,5 Mio. Euro veranschlagt. Allerdings spricht nicht nur Bundesfinanzminister Schäuble von der Gefahr einer Immobilienblase. Irgendwann wird hier ein Richtungswechsel stattfinden - hoffen wir, dass wir den Ansatz im kommenden Jahr erreichen können.

Negativ macht sich diese Politik aber auch an anderer Stelle bemerkbar. Die Finanzverwaltung hat alle Hände voll zu tun, möglichst zu vermeiden, bei den Banken eine sogenannte Verwahrgebühr bezahlen zu müssen, insbesondere dann, wenn die großen Zahlungseingänge zu verzeichnen sind. Aber auch unsere Sparkassen haben landesweit kräftig zu kämpfen. Die Nullzinspolitik führt bei allen Banken dazu, dass sie äußerste Kraftanstrengungen unternehmen müssen, um die von der EZB geforderten Eigenkapitalanforderungen zu erreichen.

Und schließlich macht sich diese Politik auch bei unserer größten Beteiligung, nämlich der OEW bzw. der EnBW bemerkbar. Die EnBW hat mittlerweile Milliardenbeträge in die Pensionsrückstellungen einbringen müssen – Geld, das an anderer Stelle fehlen wird, sei es bei Investitionen in regenerative Energien oder auch bei Ausschüttungen an die Eigentümer. So sieht dieser Haushalt für das nächste Jahr auch keine Einnahmen in diesem Bereich vor.

Abschließend darf ich in diesem Sinne für das gute Miteinander zwischen Politik und Verwaltung herzlich Dank sagen. Dank dem Landrat Harald Sievers, der ersten Landesbeamtin, Frau Meschenmoser, den Dezernenten und Amtsleitern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises, der zugehörigen Eigenbetriebe und GmbHS, hier insbesondere der Oberschwabenklinik, welche stets um das Wohl des Landkreises und der Menschen in unserem Landkreis bemüht sind. Ein herzliches Dankeschön an die Mitglieder aller Kreistagsfraktionen für die offene, kollegiale, vielfach auch freundschaftliche Zusammenarbeit und manch nette Stunde in und außerhalb dieses Gremiums. Und noch ein herzliches Dankeschön den Redakteurinnen und Redakteuren der Schwäbischen Zeitung, des Südwestrundfunks und der weiteren Medien für die stete Begleitung und aufgeweckte Berichterstattung.

Schließen möchte ich mit einem Zitat des ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton:

„Mächtige Kräfte erschüttern und gestalten sie um, unsere Welt, und die brennende Frage unserer Zeit lautet, ob wir den Wandel zu unserem Freund statt zu unserem Feind machen können.“

Lassen Sie uns gemeinsam diese Frage positiv beantworten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.



## **Rede des FWV-Fraktionsvorsitzenden Bürgermeister Oliver Spieß**

Sehr geehrter Herr Landrat Sievers, sehr geehrte Frau Meschenmoser, sehr geehrter Herr Baur, liebe Kollegen im Kreistag, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die letzten Wochen haben wir gemeinsam in den Ausschusssitzungen versucht unseren Haushalt zu verstehen und das Zahlenwerk durchgeforscht.

Sehr erfreulich und wohltuend waren nach unserer Einschätzung die Ausschussberatungen, die fast schon in einer harmonischen Atmosphäre stattgefunden haben. Neben der vorweihnachtlichen Stimmung haben sicher auch die positive Entwicklung der Kreisfinanzen und die in vielen Aufgabenbereichen übereinstimmende Zielrichtung der Fraktionen mit dazu beigetragen, dass es gelungen ist, überwiegend einvernehmliche Empfehlungsbeschlüsse zu fassen. Das was noch nicht einvernehmlich gelöst wurde, steht heute auf der Tagesordnung und/oder schlägt sich in den Anträgen nieder.

Das gute Miteinander lag aber auch an der Verwaltung, die uns einen Haushalt vorgelegt hat, in dem wir nicht mehr zu viel Risikoabsicherung wie in den Vorjahren finden. Wir haben das Gefühl, dass dieser Haushalt ehrlicher ist im Zahlenwerk wie die bisherigen, die auf zu viel Sicherheit basiert haben. Es ist ja immer schön, wenn man dann beim Rechnungsabschluss mit einem zweistelligen Millionenbetrag besser abschließt und dabei zwei Flaschen Wein aufgrund einer Wette an den Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler verliert, aber es blieb auch immer ein ungutes Gefühl dabei.

Natürlich sind finanzielle Risiken in jedem Haushalt versteckt, Herr Baur hat Sie mit 3,1 Mio in seiner Haushaltsrede beziffert. Keiner kann voraussagen, was im Jahre 2017 alles passieren wird. Aber in diesem Haushalt stecken genauso viele Chancen finanzieller Natur, wie schon die letzte Steuerschätzung und der vor kurzem eingegangene Haushaltserlass bewiesen haben, der eine Ergebnisverbesserung von 3,6 Mio Euro nach sich ziehen wird, also unter dem Strich eine positive Bilanz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch der Haushalt 2017 wird von einigen wichtigen Themen und Punkten dominiert. Weiterhin ist die Flüchtlingsunterbringung ein bewegendes Thema. Ich denke die Städte und Gemeinden und der Landkreis haben das sehr gut hin bekommen. Der Pakt zwischen den Gemeinden und dem Landkreis hat sicherlich auch immer wieder Schwächen, aber er hat vor allem einen unstreitbaren Vorteil: Nämlich den, dass die gesamte kommunale Familie an einem Strang zieht, um die Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und eine bestmögliche Integration zu beginnen. Der Pakt ist aber nicht nur eine Einbahnstraße, sondern offen in beide Richtungen. Von dem her ist es ein gutes Zeichen, dass der Landkreis im Jahr 2017 auch die Kosten für die Sozialbetreuung in der An-

schlussunterbringung für die Städte und Gemeinden finanziert. Und es ist auch richtig und wichtig, dass der Landkreis versucht, mit den Städten und Gemeinden zusammen die Umwandlung von Erstunterbringung in Anschlussunterbringung zu gestalten. Wir bitten die Landkreisverwaltung aber um eine flexible Handhabe und auch um gute Ermessensentscheidungen bei etwaiger anderer Nutzung von Gebäuden oder Containeranlagen. Dabei ist aber auch die finanzielle Unterstützung vom Land Baden-Württemberg nötig. Es hat lange, aus meiner Sicht zu lange gedauert, bis auch für die Kommunen finanzielle Mittel in Aussicht gestellt worden sind. Leider ist auch bis zum heutigen Zeitpunkt die genaue Ausgestaltung der jeweils 160 Mio des Landes für die Jahre 2017 und 2018 noch nicht klar. Es muss aber auch eine Übernahme der Kosten für die Kommunen geben, ähnlich der Spitzabrechnung mit den Landkreisen wegen der Erstunterbringung. Denn die Städte und Gemeinden haben bisher schon personelle Kapazitäten eingesetzt, die nicht refinanziert sind, sie haben Betreuungsfunktionen übernommen, die uns keiner ersetzt, Gebäude angemietet, gekauft und gebaut, wo klar ist, dass es keine 100% Kostenerstattung gibt. Alles Dinge, die wir nicht tun müssen, aber im Sinne der Flüchtlinge und in guter Zusammenarbeit mit dem Landkreis für mehr als sinnvoll erachten.

Wir fordern vom Land Baden-Württemberg diese Spitzabrechnung für den Landkreis auch weiterhin ein. Es kann nicht sein, dass das Land Bundesgelder zu sehr für den eigenen Bereich verwendet und zu wenig für die kommunale Familie weiter reicht. Generell darf sich aus meiner Sicht ein Jahr wie Ende 2015 / Anfang 2016 mit der Flüchtlingskrise nicht mehr wiederholen. Dies akzeptieren auch unsere Bürgerinnen und Bürger nicht mehr und ich rede da nicht von irgendwelchen Menschen, die sich politisch am rechten Rand bewegen, sondern von Menschen, die in unseren Dörfern und Städten aktiv am Gesellschaftsleben teilnehmen und viele dabei auch in den Helferkreisen aktiv sind.

Es muss sich etwas ändern, weil wir es zum einen unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig sind, aber auch den Flüchtlingen selber. Integration funktioniert nur, wenn es auch leistbar ist. Und wir Bürgermeister erleben gerade, wie die Stimmungen sind. Diese sind nämlich vermehrt kritisch, von Ängsten und Befürchtungen getragen und auch der Rechtsstaat wird hinterfragt. Das berühmte „Ihr da oben, wir da unten“ hat sich in vielen breiten Schichten der Bevölkerung schon festgesetzt. Es kann nicht sein, dass Recht und Gesetz bei diesem Thema nicht angewandt werden bezüglich der Thematik Aufenthalt, Abschiebung, kriminelles Fehlverhalten und Verweigerung der Integration. Dass dies nur für einen kleineren Teil der Flüchtlinge gilt, ist mir klar und möchte ich auch betonen, trotzdem habe ich dafür überhaupt kein Verständnis. Wie sollen wir damit auf der unteren Ebene eigentlich noch glaubwürdige Politik machen? Wie sollen wir Recht und Gesetz dann eigentlich noch umsetzen? Das sind Fragen, die beantwortet werden müssen.

Hier kann ich Voltaire zitieren:

„Wir sind verantwortlich für das, was wir tun und auch für das, was wir nicht tun“.

Noch einmal möchte ich betonen, dass wir es gemeinsam und somit auch besonders das Migrationsamt mit Ihnen Frau Meschenmoser als zuständige Dezernentin und Ihnen Herrn Preisinger und der Eigenbetrieb IKP mit Ihnen Herrn Baur geschafft haben den Menschen zu helfen. Dazu sind die Freien Wähler weiterhin mehr als bereit, und das können wir auch darlegen, denn wenn Sie auf den berühmten Quotenzettel schauen, dann sehen Sie die Städte und Gemeinden unserer Fraktion an vorderster Front.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

weiterhin spielt für uns eine wichtige, besser gesagt die wichtigste Rolle im Haushalt die Oberschwabenklinik. In diesem Jahr hat uns das Sanierungskonzept der OSK weiterhin ständig begleitet. Das sogenannte 3-Säulen-Modell wird seit dem Jahre 2014 in vielen Bereichen umgesetzt. Dazu musste und muss die OSK selber Ihre Beiträge erbringen. Dies scheint auch geglückt, separat betrachtet macht die OSK ein positives Betriebsergebnis. Einen großen finanziellen Beitrag zur Sanierung leistet das Personal, das über einen Notlagentarifvertrag bis diesen Jahres Einschnitte hinnehmen musste. Ich möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder für die Unterstützung dieses steinigen und harten Weges danken. Sie verdienen unseren Respekt und höchste Anerkennung. Wir sind stolz auf die großartige Leistung des Personals.

Wenn man aber weiterhin die ehrliche Betrachtung macht, dann sind alle Zahlen auf dem Tisch, also das konsolidierte Ergebnis. Und dann sieht man wie weit und lang der Weg noch ist. Der größte Teil des Sanierungsbeitrages muss immer noch vom Landkreis erbracht werden. Und hierzu muss ich betonen, wir als Landkreis sind ein guter Gesellschafter, wir übernehmen die Miete, zumindest größtenteils, wir übernehmen Geräteanschaffungen, machen Stundungen, wir sorgen für Kapital und übernehmen die regulären Verluste. Um dies mal in Zahlen auszudrücken: Für das Jahr 2017 werden insgesamt 20,3 Millionen EURO aufgewendet. Was wir aber sehr anerkennen möchten und auch erkennen können, ist die mittelfristige positive Aussicht der OSK. In der mittelfristigen Finanzplanung sehen wir, dass die OSK gewillt ist und auch auf dem Weg ist die Geräteanschaffung selber zu übernehmen und nach der Fertigstellung des EK auch eine reelle Kostenmiete zu bezahlen. Und dies alles unter den Gesichtspunkten eines nur sehr kleinen Defizits. Dies ist sehr positiv zu würdigen. Wir fordern aber von der Geschäftsführung auch ein, diesen Weg zu gehen und in den Anstrengungen nicht nachzulassen. Weil dies natürlich auch dem Kreis finanziell gut tut, aber vor allem für das Unternehmen lebens- oder auch überlebensnotwendig ist. Wir sehen, dass die Sanierungsmaßnahmen im Moment greifen und die OSK die gesteckten Ziele bisher

wohl erreichen kann. Es müssen aber weiterhin große Anstrengungen bei der Sanierung unternommen werden, bisher fiel manches noch leicht, doch jetzt kommen die schwierigeren Dinge. Danken möchten wir aber der Geschäftsführung mit Ihnen Herrn Dr. Wolf an der Spitze, der IKP, mit Ihnen an der Spitze, Herr Baur mit ihrem gesamten Team für die Umsetzung des Sanierungsprozesses.

Nach diesen zwei großen Punkten möchten wir dann noch auf unsere weiteren Politikfelder eingehen. Dazu haben wir noch 5 Punkte mit 5 Grundsätzen entworfen:

#### 1. Kreisentwicklung des Landkreises mit der Kreisstrategie

mit gemeinsam festgelegten Zielen, Strategien und Handlungsprioritäten. Wobei ich ganz klar zu erkennen geben will, dass wir jetzt in der Kreisstrategie zu Maßnahmen und Handlungen kommen müssen, also nach dem Motto:

Wir brauchen keine neuen Ziele – wir brauchen eine klare Strategie. Wir müssen weg von diesen abstrakten Zielen, mit denen vor allem der normale Bürger nichts anfangen kann. Wir tun uns ja schon selber schwer damit, wie die Beratungen dazu verdeutlicht haben.

Lassen Sie uns das Jahr 2017 nutzen, um hier voran zu kommen, die angedachte Klausurtagung dazu halten wir für sehr sinnvoll.

#### 2. Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik:

Hier geht es darum, Handlungsspielräume zu erhalten und vor allem auch für die Zukunft zu schaffen. Dies wird maßgeblich durch die Kreisumlage sichergestellt. Mit einem gleichbleibenden Hebesatz können wir es uns leisten, die Städte und Gemeinden nicht über Gebühr zu belasten, aber vor allem auch notwendige Investitionen im Haushalt sicher zu stellen und Schulden abzubauen, oder im Bereich IKP nicht zu hoch steigen zu lassen. Wenn man es darauf angelegt hätte, wäre es möglich gewesen, die Kreisumlage auch zu senken. Wir möchten diesen Weg nicht gehen, möchten aber die Fraktionen bitten, nicht die gute Lage zu nutzen und jeweils weitere Wünsche umzusetzen. Dies ist auch der Grund warum wir keine Anträge gestellt haben, um ein Zeichen zu setzen, dass es uns mit dem Sparen weiterhin ernst ist. In diesem Zusammenhang ist es sehr schade, dass das Land Baden-Württemberg zu den bisher vorweggenommenen Mitteln aus dem Finanzausgleich von 300 Mio EURO nochmal 200 Mio oben drauf gepackt hat, obwohl eigentlich die 300 Mio Ende dieses Jahres hätten auslaufen sollen. Und dies mit der Begründung, den Kommunen würde es viel besser gehen wie dem Land. Zum einen ist zu hinterfragen, ob dies wirklich so ist, denn die Finanzminister sind immer sehr gut mit Ihren Taschenspielertricks, aber zum anderen sollte sich das Land fragen, warum dies eigentlich so ist. Weil die Städte und Gemeinden und auch unser Landkreis Ravensburg einfach solide gewirtschaftet haben und kostspielige Beschlüs-

se vermieden haben. Schön für mich zu sehen ist, wie seit dem Regierungswechsel nun die SPD im Land an der Seite der Kommunen steht. Daher hoffe ich, dass Herr Bindig mir meine Seitenhiebe auf das Land heute mal verzeiht. Der tiefen Freundschaft mit den Grünen ist nun eine tiefe Feindschaft gewichen, die sogar im verbalen Angriff des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herrn Stoch gegen unseren Minister Lucha vor kurzem in Wolfegg gegipfelt ist. So ist Politik, wobei die bisher vor allem von den Kommunen getragene CDU sich ja mit diesem Thema Kommunalen Finanzausgleich überhaupt nicht mit Ruhm bekleckert hat. Das solltet Ihr, liebe Kollegen, schon mal nach oben weiter geben, auch Du, lieber August. Und diesen Einschnitt muss man dann nicht auch noch lobend erwähnen, als der Ministerpräsident den Kreis besucht hat.

Wir Freien Wähler stehen zu einer nachhaltigen Finanzpolitik. Das ist mit keiner einmaligen Aktion zu erreichen, das muss auf Dauer ausgerichtet sein. Und deshalb sind gesunde Haushalte nicht die Idee sturer Politiker, sondern die Voraussetzung für Wohlstand und soziale Sicherheit.

### 3. Zukunftsfähigkeit des Landkreises sichern

Hier möchten wir Freien Wähler immer wieder unsere Augen rauf lenken, weil dies immer wieder zu kurz kommt. Die Prognos Studie und die Swat-Analyse aus dem Jahr 2015 ist den meisten hier schon gar nicht mehr präsent. Hier geht's es aber darum die Infrastruktur des Landkreises zu sichern und auszubauen. Wir als Freie Wähler wollen durch unsere Politik Weichen für die Zukunft zu stellen. Wir brauchen weiterhin den Ausbau flächendeckender Breitbandnetze. Durch den Zweckverband der Kommunen mit insgesamt nun 35 Mitgliedern wird der Landkreis finanziell sehr entlastet. Hören Sie sich mal im Ländle um, wieviel Geld für Breitbandversorgung von den Landkreisen selber finanziert wird. Trotzdem möchten wir den Landkreis bitten weiterhin Unterstützung zu leisten, was ja auch heute unter anderem noch mit dem Tagesordnungspunkt Kompaktnet beschlossen werden soll. Dazu sollte uns das Landratsamt helfen, sich mit den angrenzenden Landkreisen und den Städten Ravensburg und Weingarten mehr zu verzahnen. Ich möchte mich bei Ihnen, Herr Landrat Sievers mit Frau Funk im Hause bedanken, dass Sie dieses Thema bisher so positiv begleiten. Für die Zukunftsfähigkeit dieses Landkreises ist es elementar wichtig, dass eine gute Versorgung mit schnellem Internet zur Verfügung steht.

Weiter müssen wir ganz klar den wachsenden Engpass bei der Gewerbeflächenversorgung bei einem anhaltenden Investitionsbedarf der Unternehmen ansprechen. Es ist nun einmal so, auch wenn es manche nicht hören wollen, dass das Geld, dass wir zur Verfügung haben auch von jemanden erwirtschaftet werden muss. Ohne Arbeitsplätze werden wir uns auch

Projekte im Sozialbereich oder im Naturschutzbereich oder Stellenmehrungen nicht leisten können. Von dem her kann ich die Jubelarien nicht verstehen, wenn z.B. das Gebiet IKOWA verzögert wird. Wir sind aber sehr froh, dass sich das Landratsamt mit der Neuaufstellung der Dezernate und des Bau- und Umweltamtes die Gewerbeentwicklung positiv begleitet.

Des Weiteren herrscht im ganzen Landkreis Wohnungsknappheit, was zur Ausweisung weiterer Wohngebiete führen sollte. Durch die Plausibilitätsprüfung und dem Bauflächenbedarfsnachweis von Seiten des Landes Baden-Württemberg sehen wir die kommunale Selbsthoheit wirklich in Frage gestellt. Es kann nicht sein, dass die Käseglocke über Baden-Württemberg gelegt wird und bei uns so gut wie keine Flächen mehr ausgewiesen werden dürfen. Und dies zu Zeiten wo völlige Wohnungsknappheit herrscht und tausende Flüchtlinge unterzubringen sind. Und da haben mich die Aussagen vom Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Regierungspräsidenten am vergangenen Freitag überhaupt nicht überzeugt, weil die Realität immer noch eine andere ist. Wo sollen denn die Menschen auf Dauer noch ein Dach über dem Kopf haben, wo sollen wir Sie denn unterbringen?

Speziell das Thema Sozialer Mietwohnungsbau ist im Jahr 2017 nach wie vor von elementarer Bedeutung. Bezahlbarer Wohnraum ist auch in unserem Landkreis absolute Mangelware. Deshalb müssen alle gemeinsam, die Kommunen, der Landkreis und die Wohnbaugesellschaften und Baufirmen allgemein zusammenarbeiten, sowie gebündelte Kräfte einsetzen, und mit Nachdruck und ohne Zeitverzögerung in die Realisierung von sozialem Mietwohnungsbau einsteigen. Mit dem heutigen anstehenden Beschluss zur Mietobergrenze wollen wir da einen kleinen Beitrag dazu geben.

Wichtig ist auch das Thema Verkehr. Die Instandhaltung der Kreisstraßen und der Ausbau von Radwegen muss uns auch einiges wert sein und ist uns auch einiges wert. Der Antrag der SPD-Fraktion ist von dem her auch nachvollziehbar und hat seine Grundlage. Die CDU und die Freien Wähler haben dies ja auch immer gefordert und wurden von den anderen aber auch öfters belächelt. Wir unterstützen somit die Stellenmehrung wollen aber die Haushaltsmittel für die Straßen noch nicht einstellen, da ja erst einmal richtig geplant werden muss. Außerdem haben wir einige Straßenbauprojekte im Jahr 2017 eh schon veranschlagt. Auch kann man das Fell des Bären erst verteilen, wenn er erlegt ist. Ob alle Steuerschätzungen so eintreten werden wir noch sehen. Dies müssen wir dann im Haushalt 2018 besprechen.

Die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes war ein voller Erfolg für den Landkreis und die Region. Dies auch wegen der einstimmig verabschiedeten Prioritätenliste. Ganz besonders freut uns die Elektrifizierung der Südbahn.

Unseren ÖPNV gilt es ebenfalls weiter zu entwickeln. Insbesondere die Entwicklungen flexibler Bedienformen im öffentlichen Verkehrsangebot, die Barrierefreiheit sowie die auch im ländlichen Raum nun vermehrt sinnvoll nutzbare Elektromobilität sehen wir als wichtige Entwicklungsfelder an, denen sich der Landkreis in Zusammenarbeit mit Bodo stellen muss und auch dran ist. Wir, die Freien Wähler, würden diesen Themenkomplex gerne aktiv angehen

Zur weiteren positiven Entwicklung dieses Landkreises gehören auch die Schulen und Hochschulen. Die Bildung ist für unsere junge Generation absolut wichtig. Als Schulträger müssen wir zum einen für gute Gebäulichkeiten mit der entsprechenden Ausstattung sorgen. Hierzu sind wir dankbar, dass wir den Investitionsstau angegangen sind und auch im neuen Haushaltsjahr Gelder zur Verfügung stehen.

Wir erkennen aber auch, dass der Landkreis nicht schlecht da steht, weil es hier eine starke Wirtschaft und vor allem einen engagierten Mittelstand gibt. Dazu besitzt dieser Landkreis etwas ganz wertvolles, nämlich zum einen motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und fleißige Menschen in den Betrieben und zum anderen Menschen, die mit großen und kleinen Taten, mit ihrem Wissen, Können und Interesse dazu beitragen, dass wir unseren Landkreis weiterentwickeln und weiterbringen konnten. Und es gibt unzählige Menschen in diesem Landkreis, die anderen Menschen in einer Notlage Mithilfe und Unterstützung gegeben haben, die Kinder und Jugendliche begleitet haben auf ihrem Weg zu wachsen und zu reifen, die Älteren und Kranken Hilfestellung für die Bewältigung der Alltagssituationen gegeben haben und die sich für das menschliche Miteinander, gerade in der Flüchtlingsthematik, eingesetzt haben. Dafür sagen die Freien Wähler herzlichen Dank.

#### 4. Verlässliche und berechenbare kommunale Partnerschaft

Die meisten Ausführungen hierzu habe ich schon in den vorherigen Punkten gemacht. Nur gemeinsam sind wir stark, die Wünsche des Landkreises müssen auch für die Gemeinden finanziell leistbar sein. Nur weil wir im Moment mehr Geld zur Verfügung haben, müssen wir aufpassen, dass wir durch dauerhafte Beschlüsse uns nicht im Handlungsspielraum einschränken. Es kommen auch mal wieder andere finanziell schwierige Zeiten.

#### 5. Kreisbewusstsein stärken

Dies ist mir und den Freien Wählern ein wichtiges Anliegen. Wir sind der Landkreis Ravensburg mit vielen verschiedenen Gebieten und Raumschaften, die sich eben nicht nur auf das Schussental und das Allgäu beschränken. Auch hier gilt: gemeinsam sind wir stark und ohne die Stärken der jeweiligen Raumschaften würden die anderen auch leiden. Lassen Sie uns

die manchmal aufkommenden Eifersüchteilen beiseiteschieben und gemeinsam den Landkreis weiter entwickeln.

Dazu gehört natürlich auch die neue Strategie Bürgerservice des Landratsamtes und der neue Slogan Freundlichkeit hoch 3. Lieber Herr Landrat Sievers, wir finden es gut, dass Sie Ihr Augenmerk auf dieses Thema legen, aber gerade der Slogan Freundlichkeit hoch 3 ist für uns eine in Worte gefasste Selbstverständlichkeit. Das erwarten wir einfach auch ohne Slogan.

Die Strategie des Bürgerservices unterstützen wir voll und ganz, auch durch die zwei zusätzlich neuen Stellen. Was uns aber gar nicht gefallen hat, ist das Thema Standortkonzeption der Kreishäuser. Wir bitten nun nach der doch etwas grenzwertigen Vorstellung in der letzten Kreistagsitzung, dies mit uns gemeinsam zu entwickeln und die Beratungskosten wieder mal auf ein Normalmaß zurück zu schrauben. Da ist bisher schon viel Geld verbraten worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

das wichtigste in einem Unternehmen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen uns zuerst bei allen bedanken, die tagtäglich ihre Frau oder ihren Mann im Landratsamt stehen und hervorragende und wertvolle Arbeit für unsere Bürgerinnen und Bürger, und das möchte ich nicht vergessen, auch für unsere Gemeinden leisten. Wir stehen grundsätzlich dem vorgelegten Stellenplan und den Stellenmehrungen positiv gegenüber. Wir möchten nur darauf hinweisen, dass diese Stellen uns auf Dauer belasten werden. Im Moment sehen wir bei den anderen Fraktionen ein bisschen Übermut herrschen, hinsichtlich Personal und finanzieller Wünsche. Wir tragen dies für 2017 größtenteils mit, werden aber für die fortfolgenden Jahre schon wieder auf die Bremse treten müssen. Lassen Sie uns nicht zu übermütig werden. Wie gesagt, wäre es auch möglich gewesen, die Kreisumlage zu senken, denn die gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung 2017 eingetretenen „Verbesserungen“ durch den Haushaltserlass in Millionenhöhe könnten dafür verwendet werden. Damit könnten unseren Städten und Gemeinden weitere finanzielle Handlungsspielräume ermöglicht werden.

Angesichts der immensen, anstehenden Aufgaben der Kommunen (Stichworte: Anschlussunterbringung; Kinderbetreuung, Schulbaumaßnahmen) wäre dies ein gangbarer und nachvollziehbarer Weg. Dieser wird gerade auch von vielen Kreistagen in Baden-Württemberg beschritten. Und außerdem waren es ja auch die Städte und Gemeinden, die mit den Kreisumlagen der vergangenen Jahre zu den Überschüssen beigetragen haben.

Wir dürfen die Schulden situation nicht aus den Augen lassen. Auch wenn wir die 100 Mio Grenze Stand heute gut einhalten können, sind aus meiner Sicht weitere Anstrengungen zum Schuldenabbau nötig. Wobei es nicht sein kann, dass sich der Landkreis durch weitere



mögliche Verbesserungen im Haushalt im Millionen EURO Bereich auf Kosten der Städte und Gemeinden fleißig entschuldet, währenddessen in den kommunalen Haushalten ob der anstehenden Aufgaben neue Schulden aufgenommen werden müssen. Über die weitere Vorgehensweise müssen wir im Laufe des Jahres 2017 reden.

Die Städte, Gemeinden und der Landkreis sitzen alle in einem Boot. Die Menschen im Landkreis erwarten von uns, dass wir die Herausforderungen der Zukunft auch gemeinsam meistern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ich habe mir die Freiheit genommen, einige Themen auszulassen oder nur anzureißen. Aber viele Dinge sind vorgegeben, vieles wurde hier ausführlich beraten und braucht deshalb nicht von mir nochmal bekräftigt zu werden oder sie werden mir von den anderen Fraktionen abgenommen.

Wir werden dem Haushalt so zustimmen. Bei den Anträgen werden wir uns dann noch, wenn notwendig, noch einmal zu Wort melden.

In diesem Sinne sage ich herzlichen Dank im Namen der Fraktion an die gesamte Verwaltung mit Ihnen, Herr Landrat Sievers an der Spitze, für die gute Arbeit das ganze Jahr über. Herzlichen Dank an die Kollegen Fraktionsvorsitzenden und allen Kolleginnen und Kollegen im Kreistag für das gute und kollegiale Miteinander. Wir haben gemeinsam viel erreicht. Auch wenn nicht alles einstimmig verabschiedet werden kann, sind wir doch der festen Überzeugung, miteinander das Beste für den Landkreis, die Städte und Gemeinden erreichen zu wollen und zu können.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen auch im Namen der Fraktion der Freien Wähler besinnliche Weihnachten und alles Gute für das Jahr 2017.

## Rede der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90 / Die Grünen Liv Pfluger

Sehr geehrter Herr Sievers,  
sehr geehrter Herr Baur,  
sehr geehrte Kollegen Kreisrätinnen und Kreisräte

Auch die grüne Fraktion hat sich mit dem Haushalt 2017 im Rahmen eines Haushaltsklausurtages gründlich beschäftigt.

Bevor ich in die Einzelheiten gehe, kann ich vorab sagen, dass wir mit den Grundlinien des Entwurfes, mit dem Vorhaben, Schuldenabbau bei gleichbleibender Kreisumlage, insgesamt einverstanden sein können, obwohl wir als Grüne stellenweise andere Schwerpunkte gesetzt hätten.

Die vom Kämmerer angedeuteten Risiken, aber auch die Chancen des Haushaltes scheinen realistisch eingeschätzt und beurteilt. Den notwendig gewordenen Stellenaufbau halten wir für ebenso angemessen wie das Vorhaben, das kommende Jahr als Planungszeitraum für weitere große Projekte zu nutzen.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich deshalb auf Aspekte und Vorhaben, die sich im Haushalt niederschlagen und die wir aus grüner Sicht für wichtig halten.

Mit der **Umorganisation der Landkreisverwaltung** hat die Verwaltungsspitze kräftige und durchaus eingreifende Akzente gesetzt, die sich nun natürlich bewähren müssen. Hier ist es für wertende Aussagen oder gar Erfolgsmeldungen noch zu früh.

Auch die programmatischen Äußerungen in der Einbringungsrede des Landrats zur sogenannten Freundlichkeit hoch drei sind bislang – wie könnte es anders sein - noch Absichtserklärungen, eine Charme-Offensive oder Werbekampagne, die keine Mogelpackung verdecken sollte. Mit einer solchen Kampagne kann man ambivalente Reaktionen provozieren. Eine gewisse Skepsis setzt ein. Im öffentlichen Dienst sollte Freundlichkeit hoch drei eine Selbstverständlichkeit hoch drei sein. Zum einen erleben wir das LRA schon jetzt durchaus als leistungsstarke und freundliche Behörde. Zum anderen ist die Wahrheit (nach Brecht) bekanntlich ja konkret, d.h. die hehren Absichten müssen sich in der Einzelheit und im Detail erweisen und täglich bewähren.

Der zentrale Punkt, um die Freundlichkeit nach außen zu erhöhen, ist die Freundlichkeit nach innen. Dies scheint uns nur möglich, wenn die Mitarbeiter in diesen Prozess aktiv und kooperativ maßgeblich einbezogen werden und wenn die hochgehaltene Familienfreundlichkeit sich z.B. in einer nennenswerten Anzahl von Home-Office-Plätzen konkretisiert. Hier kann und muss man unseres Erachtens noch sehr viel tun.

Vielleicht ist es auch ganz einfach: zufriedene Mitarbeiter können auch freundlich sein!

Im Prozess zur **Kreisstrategie** sind wir inhaltlich schon erheblich weiter vorangekommen. Hier haben Kreisrätinnen und -räte die Chance, über längerfristige Leitziele ins Gespräch zu kommen.

Wenn allerdings in den Ausschüssen auf verschiedenen Gebieten nach langer Diskussion mehrheitliche oder gar einstimmige Beschlussempfehlungen gefasst sind, ist es sitzungsökonomisch nicht sonderlich sinnvoll, kurz vor der endgültigen Beschlussfassung nochmals Anträge zu stellen, die wesentliche Inhalte verändern würden. Das kann man ja machen, aber es entwertet einen wertvollen und konsensorientierten Entscheidungsprozess.

Wir schlagen deshalb für das nächste Jahr vor, die Behandlung der Kreisstrategie und die Befassung mit dem Haushalt deutlicher und auch zeitlich voneinander zu trennen, um die thematischen Verwirrungen und Irrungen in Grenzen zu halten und mehr Struktur in den Abläufen zu erhalten.

In diesem Prozess der Weiterentwicklung der Kreisstrategie müssen wir uns wirklich als lernender Kreistag und lernende Verwaltung verstehen.

Inhaltlich können wir Grünen nach wie vor nicht mit allen Leitzielen einverstanden sein. Besonders in den Bereichen „Planen und Bauen“ als auch „Mobilität“ sehen wir Nachbesserungsbedarf, um tatsächlich von einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Strategie sprechen zu können.

Aber dafür haben wir unseren Klausurtag, der diese Diskussionen ermöglicht und uns hoffentlich voranbringt.

Ein dominierendes Thema in diesem Jahr war und ist ein humaner Umgang mit der **Flüchtlingsthematik**, ein Kraftakt, den das LRA mit den Gemeinden unseres Erachtens bislang insgesamt solidarisch gemeistert hat.

Wir meinen aber, dass der nun laufende Übergang in die Anschlussunterbringung neue Herausforderungen enthält, auf die wir angemessen reagieren müssen: Zum einen muss die Kooperation der Kommunen mit dem Kreis nochmals enger werden, weil der Abstimmungsbedarf eher noch zunimmt. Die Verteilung der Geflohenen auf die Kreisgemeinden kann und muss noch erheblich gerechter werden, da ansonsten der nun anstehende Familiennachzug bestehende Ungleichgewichte massiv verstärken würde.

Bei der Sozialbetreuung kommt es in diesem Übergangsprozess nicht nur auf eine fiskalisch gute Lösung an (dies ist – denke ich – gelungen), sondern auch auf eine konzeptionelle Weiterentwicklung damit nicht in jeder Kommune andere Schwerpunkte gesetzt werden.

Wir befürworten deshalb die Einrichtung eines Runden Tisches Asyl mit Beteiligung aller Akteure in der Flüchtlingshilfe, der sowohl konzeptionell als auch operativ arbeitet.

Es ist gut, dass es nun mit der Umorganisation der Verwaltung ein Amt für Migration und Integration gibt, das die Kräfte und die Themen bündelt. Wir erwarten aber aus diesem Amt

neben dem Verwaltungshandeln mehr inhaltliche und kreative Impulse zur konzeptionellen Weiterentwicklung der Flüchtlingshilfe und Unterstützung des vorher angesprochenen Runden Tisches.

Auch auf dem Gebiet der **Hilfe für Menschen mit Behinderungen** hat sich nicht zuletzt wegen unseres neuen Behindertenbeauftragten Herrn Hopperdietzel vieles getan. Sein erster Tätigkeitsbericht hat uns in der letzten Sitzung aufgezeigt, wieviel es hier zu tun gibt und in den letzten Jahren nicht getan wurde.

Die Inklusionskonferenzen sind hierbei ein zentrales Instrument, das Stück für Stück noch verbessert werden kann: noch mehr Achtsamkeit für die Belange und Befindlichkeiten der Betroffenen im Ablauf und in der Aufbereitung der Informationen sind nötig. Aber das kann sich in guter Kooperation entwickeln und zu einem Lernfeld für alle Beteiligten werden. Aus Betroffenen Beteiligte machen, das sollte hier Programm sein.

Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang der Bahnhof in Aulendorf, der als zentraler Umsteigebahnhof der Region barrierefrei werden muss. Bis das baulich erreicht ist, kommt der Bahnmissionsmission in Aulendorf eine besondere Bedeutung zu. Die Bahnmissionsmission bietet die notwendigen Hilfeleistungen, damit Menschen mit Behinderung, mobilitätseingeschränkte Menschen, Ältere, Eltern mit Kinderwagen . . . . mobil bleiben können.

Wir stellen deshalb einen Prüfantrag, inwieweit dem Anliegen der Bahnmissionsmission auf finanzielle Unterstützung stattgegeben werden kann und der im Sozialausschuss behandelt werden sollte.

Von der Bahnmissionsmission zur OSK: so weit ist das Spektrum der Kreispolitik !

Die **Oberschwabenklinik** ist unserer Bewertung nach auf einem erfolgsversprechenden Weg. Die OSK Entwicklung von Sanierung zu Stabilisierung und Optimierung scheint zu gelingen. Die Sanierungsmaßnahmen greifen und gerade deshalb sollte die Umsetzung des 2. Optimierungspaketes in engster Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern geleistet werden. Die externen Berater sind nun draußen, die Verantwortung liegt ausschließlich im Haus selbst.

Ein gutes Signal an die Mitarbeiter ist die Einhaltung der Zusage, dass die geleisteten finanziellen Sanierungsbeiträge der Beschäftigten jetzt in den Jahren 2016 und 2017 zurückerstattet werden können. Dies ist ein wichtiges Zeichen der Verlässlichkeit der Arbeitgeber und stärkt das Vertrauen und die Identifikation mit dem Unternehmen.

Die Mitarbeiter sind schon einen langen Weg mitgegangen. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle einmal ganz besonders bedanken!

Nach wie vor und immer wieder geht es aber um eine Verbesserung der internen Kommunikation. Kritik an der Optimierung und die Verbesserungsvorschläge aus allen Personalberei-

chen sind in dieser Phase mit zu berücksichtigen. Die Erfahrung und die Kompetenz der Mitarbeiter sind wert zu schätzen und mit ein zu beziehen.

Ohne dies könnte eventuell das ehrgeizige Ziel des 2. Optimierungspaketes verfehlt werden und es wäre nicht möglich, die kommunalen Zuschüsse in der Geplanten Höhe zurück zu führen.

Bleibt mir noch das für eine grüne Faktion natürlich essentielle Feld der **Ökologie**, deren Name – das habe ich schon angedeutet – nach der Umorganisation des LRA auf Dezernats-ebene nicht mehr auftaucht, ein symbolisch gesehen falsches Signal.

Wir bedauern, dass sich die Verwaltung nicht deutlicher für ein Modellprojekt zur Biodiversität auf landkreiseigenen Flächen einsetzt, was ja bekanntlich zu den nicht verhandelbaren Pflichtaufgaben staatlicher Stellen gehört. Wir freuen uns aber, dass die CDU nun ihren Verhinderungsantrag zurückgezogen hat, und wir mit einem Modellprojekt zur Biodiversität beginnen können. Die Fixierung auf den Erwerb von Öko-Punkten hemmt eine gute Entwicklung. Die dahinter stehende Haltung, dass es Umweltschutz am besten zum Nulltarif geben sollte, ist angesichts der Bedrohtheit der Natur mindestens antiquiert.

Wie ein im AUT vorgelegtes Gutachten ergeben hat, ist der Zustand der Kreisstraßen vergleichsweise gut und das Renovierungstempo reicht aus.

Wir räumen deshalb dem Erhalt des Straßennetzes absoluten Vorrang vor jedem Ausbau oder gar Neubau.

Wir regen an, dass das Straßenbauamt und das Amt für Bau und Umwelt intensiver kooperieren und wir wünschen uns, dass vom Umweltamt in Zukunft wieder deutlichere Impulse ausgehen.

Ein kreisweites integriertes Verkehrskonzept halten wir für dringend erforderlich, das die Belange des ÖPNV, des Straßenverkehrs und der Elektromobilität zusammendenkt. Wie stellen deshalb einen Prüfantrag, dass sich der AUT mit dieser Thematik befasst und hier insbesondere das Thema Ladeinfrastruktur nachhaltig behandelt: Bestandsaufnahme, Entscheidung für ein System, Kooperation mit angrenzenden Landkreisen sind hier die Stichworte. Wir möchten, dass der Kreis hier eine dynamische Rolle übernimmt.

Es liegt Ihnen hierzu ein Antrag von uns vor.

In unseren nördlichen Nachbarlandkreisen gibt es rührige Bemühungen um ein Regio-S-Bahn-Konzept, das bislang allerdings in Schussenried enden würde. Wir im Süden wären da abgehängt, wenn wir uns nicht aktiv um Anschluss bemühen. Wir stellen deshalb den Antrag, dass sich der AUT mit diesem Thema aktiv befasst.

In diesem Zusammenhang beantragen wir außerdem, dass der LKR für seine Beschäftigten die Regelungen in Sachen Jobticket übernimmt, wie sie bereits in anderen Landkreisen für ihre Beschäftigten eingeführt sind.

Zum Schluss noch etwas zum Thema: Frauen im Kreistag.

Schauen Sie sich um. Dieser Kreistag ist kein Spiegelbild der Gesellschaft.

Bei unserer letzten Kommunalwahl stand der Landkreis Ravensburg im Vergleich Baden-Württemberg in Bezug auf den Frauenanteil im Kreistag auf dem vorletzten Platz.

Bei 72 Kreisräten 9 Frauen, davon 5 bei den Grünen. Den Frauenanteil im Gremium zu erhöhen ist also nicht zuerst ein Problem der Grünen, aber es ist uns ein starkes Anliegen.

Gemeinsam mit den Kolleginnen aus den anderen Fraktionen und Frauen aus dem Bodenseekreis haben wir deshalb eine fraktionsübergreifende Initiative „bora“ gestartet, um lange vor den nächsten Kommunalwahlen auf dieses Thema aufmerksam zu machen und mehr Frauen zu motivieren, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren.

Das soll aber auch ein Aufruf an die Männer sein, frühzeitig (und nicht erst, wenn es um die Aufstellung der Listen geht) in ihren Gruppierungen Voraussetzungen zu schaffen um mehr Frauen zum politischen Engagement und zur Mitarbeit zu motivieren.

Ein gutes Signal, ein für Frauen motivierendes Signal aus dem Kreistag wäre es, wenn Sie unserem Antrag, die wichtige und sehr engagierte Arbeit des Vereins „Frauen und Kinder in Not“ zu unterstützen und die Interventionsstelle mit 1,2 Personalstellen zu finanzieren.

Schlussbemerkung

Wir sind trotz einzelner Kritikpunkte und Akzentverschiebungen mit den Grundlinien des Haushalts soweit einverstanden, daher unsere Zustimmung zum Haushalt 2017.

## **Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Rudolf Bindig**

Die Verwaltung hat diesmal einen Haushalt vorgelegt, der in dem üblichen und ordentlichen Verfahren zu Stande gekommen ist. Wir erinnern uns, dass der letzte Haushalt in einer Art Mischverfahren entstanden ist. Wichtige Eckpunkte sind vorab im Verwaltungsausschuss beschlossen worden. Was dann dazu geführt hat, dass der Landrat im Kreistag bei der Haushaltseinbringung selbst in mahnende Distanz zu seinem eigenen Haushalt gegangen ist.

Diesmal legt die Verwaltung „ihren Haushalt“ vor, so wie sie ihn für richtig und notwendig hält. Das ist gut so. Ich freue mich, dass die Kritik von uns, so konstruktiv verarbeitet worden ist. Die Verwaltung hat sich nach eigener Selbstdarstellung in ihrem Haushaltsentwurf um einen fairen Interessenausgleich zwischen den notwendigen Ausgaben des Kreises und den Belangen der Kommunen bemüht.

Die korrekte Verfahren sollte auch für die Zukunft so bleiben. Leider gab es schon Andeutungen, dass erwogen wird, eventuell zentrale Eckpunkte wieder vorab beschließen zu lassen. Wir werden ein wachsames politisches und wenn nötig auch juristisches Auge darauf richten, dass es nicht wieder zu dem merkwürdigen Gemisch aus den Absichten und Vorstellungen der Verwaltung und Vorab-Eingriffen des politischen Gremiums - des Kreistages kommt.

Zur Aufstellung des Haushaltes hat es der Kämmerer diesmal nicht leicht gehabt. Er musste den Haushalt weitgehend auf der Basis seiner großen Erfahrung aufstellen, da ihm wichtige Informationen für die Haushaltsaufstellung nicht rechtzeitig vorlagen.

Gemeint ist der Haushaltserlass der Landesregierung, der wichtige Orientierungsdaten zur kommunalen Haushalts- und Finanzplanung im Jahr 2017 enthält. Es geht immerhin um rund 25 Einzelpositionen, die Auswirkungen auf die Haushaltsaufstellung haben.

Hier habe ich zwei Exemplare des Haushaltserlasses. Der eine trägt das Datum vom 3. August 2015. Dies war der Haushaltserlass für das Jahr 2016; der andere trägt das Datum vom 17. November 2016. Der erste Erlass kam so früh, dass die Kämmerer in den Landkreisen und Gemeinden Baden-Württembergs die Daten rechtzeitig für ihre Haushaltsaufstellung zur Verfügung hatten. Dieser Erlass, der gemeinsam vom Innenministerium und Finanzministerium herausgegeben wird, stammte von den Ministern Reinhold Gall und Nils Schmid - beide bekanntlich SPD. Da gab es noch eine ordentliche Verwaltung im Land.

Der verspätete Haushaltserlass für 2017 stammt von Thomas Strobl (CDU) und Edith Sitzmann (Grüne). Der Herr Minister Strobl als Innen- und Kommunalminister sollte sich lieber

darum kümmern, dass sein Ministerium zeitgerecht seine Aufgaben wahrnimmt, statt ständig neue rechtskonservative Papiere zur Flüchtlingspolitik zu produzieren.

Es ist schon ein Stück aus dem Verwaltungstollhaus, wie es dem Landkreis mit diesem wichtigen Papier ergangen ist. Erst kam der dringend erwartete und benötigte Erlass monatelang gar nicht und als er dann am 18. November beim Landkreistag eingegangen ist, kam es dort zu einer technischen Panne bei der Weiterleitung.

Erst am 30. November, als der Haushalt bereits gedruckt und im Kreistag eingebracht war, hat ihn eine Sachbearbeiterin des Landratsamtes bei einer Recherche in einer anderen Angelegenheit „zufällig“ auf einer Internetseite des Innenministeriums gefunden. Wahrlich, ein Meisterstück schwarz-grüner Verwaltungskunst. Wegen fehlender Zahlen haben viele Gemeinden ihre Haushaltsberatungen in das nächste Jahr verlegen müssen.

Das Land hat aber nicht nur die Zeitschiene unangemessen nach hinten verschoben. Das Land hat zudem entschieden, aus dem Topf der Mittel, welche den Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes eigentlich zustehen, vorweg 250 Millionen zu entnehmen. Während die Vorgängerregierung einen kommunalfreundlichen Kurs eingeschlagen hatte, indem sie die Vorwegentnahme Jahr für Jahr zurückgeführt hatte – was den Kommunen deutlich mehr Geld gebracht hat – gibt es jetzt einen Kurswechsel.

Die Vorwegentnahme macht pro Einwohner rd. 24 Euro aus. Mit den Mitteln will die Landesregierung offensichtlich die Projekte bedienen, die auf der geheimen Zusatzliste zum Koalitionsvertrag enthalten sind und vom allgemeinen Haushaltsvorbehalt ausgenommen sind. In den nächsten Jahren sollen die Entnahmen sich noch erhöhen (ab 2019 auf 280 Mio.€) und die Kommunen sollen sich an 2 Programmen (Unwetterfonds und dem Sanierungsprogramm des Landes) beteiligen.

Noch an einer anderen Stelle, bedient sich die Landesregierung an Mitteln, die eigentlich den Kommunen zustehen. Das Land erhält vom Bund zusätzlich 260 Mio. für die Integration der Flüchtlinge. Doch das Land hat klebrige Finger. Es gibt nur 160 Millionen davon für die Anschlussunterbringung und einige Förderprogramme weiter. Die verbleibenden 100 Mio. kommen ohne Zweckbindung dem Landeshaushalt zu Gute. Das sind nochmal rd. 10 € pro Einwohner, die den Kommunen vorenthalten werden.

Soweit der Blick auf die Einnahmen aus dem Finanzausgleich. Die Einnahmen aus der zweiten wichtigen Quelle, der Kreisumlage, werden für 2017 auf rd. 112 Mio. € geschätzt. Das ist bei gleichbleibender Kreisumlage ein Mehr von rund 2,2 Mio.€. Immerhin wird diesmal der Ansatz des Kreisumlagesatzes hier im Kreistag wohl breit akzeptiert und wir müssen bei dieser Haushaltsberatung einmal keine strittige Debatte um die Höhe der Kreisumlage führen. Das tut uns sicher allen gut.



Als weitere Einnahme sind 1,4 Millionen für den Verkauf des ehemaligen Kreisjugendheims Hohenegg eingeplant. Wir halten den Verkauf des Jugendheims Hohenegg weiterhin für einen Fehler und würden auf diese Einnahme sehr gerne verzichten. Nach Bekanntwerden des Haushaltserlasses konnte der Kämmerer die Zahlen meistens nach oben anpassen. Das gibt einen neuen Spielraum und wir könnten auf den Einnahmebetrag aus dem Verkauf von Hohenegg gut und gerne verzichten. Wir sollten dort lieber neue Konzepte für die Jugendarbeit und Jugendfreizeit entwickeln. Es sollte jede Chance genutzt werden, die Verkaufsabsicht nochmals zu überdenken - bevor es zu spät ist.

Schmerzlich müssen wir erneut sehen, dass wir aus unserem größten Vermögenswert, unserer Beteiligung an der ENBW über die OEW, keinen Nutzen ziehen werden. Von den einst 13 Mio. Jahresausschüttungen sind wir zum zweiten Mal bei null. Nach den Prognosen wird dies noch einige Jahre so weitergehen. In 6 Jahren hat sich das Weniger an Einnahmen aus dieser Beteiligung bereits auf 38 Mio. € aufaddiert, was dem Landkreis entgangen ist. Auch diesmal macht der entgangene Gewinn von 13 Mio. rund 4 Hebesatzpunkte der Kreisumlage aus.

Der Wert unseres Vermögensanteiles an der OEW und damit der ENBW, der in den Vorjahren von gut 1 Mrd. € bereits auf rund 500 Mio. dahingeschmolzen ist, ist weiter am Abnehmen. Der Börsenwert ist auch im letzten Jahr weiter gefallen ist. Ich finde es schon ärgerlich, dass der Redner der Partei, die diese Misere hauptsächlich zu verantworten hat – nämlich der CDU, diesen Punkt bei den Haushaltsreden allenfalls einmal am Rande erwähnt. Es handelt sich schließlich um das Vermögen unseres Landkreises. Es geht um entgangene Haushaltseinnahmen. Wann, wenn nicht im Zusammenhang mit unseren Haushaltsberatungen können und müssen wird dies diskutieren.

Gerade eine Partei, die angibt christlich orientiert und verbunden zu sein, hätte doch die Möglichkeit einmal ein „Pater peccavi“ oder das katholische Schuldbekenntnis *Confiteor Mea culpa*“ auszusprechen, was auf Deutsch lautet: Ich bekenne [...] ich habe gesündigt in Gedanken, Worten und Werken, durch meine Schuld, durch meine große Schuld.“ Sie sollten diesen Kreistag hier und die Bevölkerung des Landkreises endlich einmal inbrünstig um Verzeihung bitten, dass durch ihre falsche Energiepolitik diesem Landkreis schwerster Schaden zugefügt worden ist und weiterhin zugefügt wird. Solange sie diese Einsicht nicht aufbringen und kein Schuldeingeständnis machen, solange werden wir Ihnen dies Haushalt für Haushalt vorhalten, ja vorhalten müssen.

Soweit zu den Einnahmeposten – oder auch den Leider-nicht-Einnahmen. Dem steht im Haushalt die Ausgabenseite gegenüber mit den vielen Posten, die sich aus der Wahrnehmung der Verwaltungstätigkeit des Landkreises, dem Gesetzesvollzug und den freiwilligen Leistungen des Landkreises ergeben. Der Nettoressourcenbedarf im Sozialetat wird in

2017 weiter steigen auf insgesamt 126 Mio €. Damit wird das Kreisumlageaufkommen auch im kommenden Jahr nicht ausreichen, um den Zuschussbedarf im Sozialetat zu decken.

Wichtig für die Beurteilung des Haushaltsgeschehens ist die in der Doppik gegebene Möglichkeit, Aufwendungen und Erträge im Ergebnishaushalt zu betrachten. Für das Jahr 2017 wird ein solches in Höhe von 18,3 Mio. erwartet und nach der Einarbeitung des verspätet zugestellten Haushaltserlasses werden es vermutlich sogar 23 Mio. sein. Dass der Kämmerer seinen Entwurf ohne Kenntnis der Eckdaten so ausgefertigt hat, dass er nach Erhalt des Erlasses nur geringe Korrekturen und nur nach oben vornehmen musste, zeigt einerseits, dass er solide kalkuliert, aber auch dass er eher auf der sicheren Seite kalkuliert.

Was seine Prognosen für die Verschuldung angeht, so haben wir inzwischen auch die Erfahrung gemacht, dass er immer ein kräftiges Maß an Dramaturgie einbaut. Das Ergebnis wird dann meist doch deutlich bisher als vorher prognostiziert.

Bei einem Kreisumlagehebesatz von 32,5 Punkten hat der Kämmerer bei den Haushaltsberatungen vor einem Jahr einen Anstieg der Verschuldung bereits für 2016 auf 92 Mio.€ und dann in 2017 und 2018 auf über 110 Mio.€ angegeben. Die Prognosezahlen für das zu-Ende-gehende Jahr zeigen jedoch, dass die Verschuldung des Landkreises deutlich darunterbleiben wird.

Dies ist sicher wesentlich dadurch bewirkt worden, dass sich die Flüchtlingszahlen vollkommen anders entwickelt haben, als vermutet wurde. Dennoch wird klar, dass bei manchen Haushaltsansätzen der „Schlitzohrfaktor“ des Kämmerers doch recht markant ist.

Aber selbst wenn man dies einkalkuliert, werden in den nächsten Jahren erhebliche Belastungen auf den Landkreis zukommen, die den Schuldenstand nach oben treiben werden. Beim Krankenhausneubau beginnen jetzt die Jahre, in denen der Anteil für den Krankenhausneubau weitgehend zu Lasten des Kreisetats geht.

Was die Investitionen angeht, so besteht die Absicht, in diesem Jahr etliche Vorhaben vorzubereiten, um dann in den nächsten Jahren in die Investitionsphase einzutreten. Es soll antizyklische Haushaltspolitik praktiziert werden. Natürlich hat uns als Sozialdemokraten gefreut, dass der Kämmerer in seiner Power-Point-Präsentation zum Haushalt gleich zweimal ein Bild vom früheren Wirtschaftsminister Karl Schiller gezeigt hat. Sie liegen schon richtig, wenn sie sich als Kämmerer des Landkreises an der Haushalts- und Wirtschaftspolitik von Sozialdemokraten orientieren.

Antizyklische Investitionspolitik mag für größere Neuinvestitionen angebracht sein. Dies gilt aber nicht für das Hinausschieben von Erhaltungsinvestitionen. Solche sind dringend in den Berufsschulen und bei den Kreisstraßen notwendig. So sehr wir uns über ein positives Ergebnis im Ergebnishaushalt freuen, so sehr muss auch gesehen werden, dass dies schon wieder Begehrlichkeiten in der Bürgermeisterriege weckt. Bei der Diskussion im Verwaltungsausschuss hat die Diskussion darüber ja bereits begonnen. Geben sie rechtzeitig dort Geld, wo es nötig ist, sonst wird ihnen das Geld, welches sie einsparen, wieder weggenommen.

Ein wesentliches Teil des Haushalts nimmt der Stellenplan ein. Wir beraten ihn bei der Haushaltsberatung mit. Es wird zunehmend schwieriger als konstruktiver Begleiter der Arbeit des Landratsamtes von außen zu sehen, wie es um die Angemessenheit der Stellenausstattung in den einzelnen Ämtern steht.

Da kommt man mit dem allgemeinen Grundsatz, da muss immer der Daumen draufgehalten werden, nicht aus. Wer verantwortlich mitreden will, muss wissen, wie es um die Aufgabenerledigung in vielen Bereichen steht.

Es dringt immer wieder einmal durch, dass es in einigen Bereichen zu erheblichen Engpässen kommt. Gesetzlich vorgeschrieben Beratungs-, Kontroll- und Erreichungsziele können nur erschwert oder kaum noch wahrgenommen werden. Da werden dann inoffizielle Schwerpunktsetzungen vorgenommen oder eigentlich einzuhaltende Gesetzestermine nach hinten geschoben.

Sicherlich muss Verwaltungstätigkeit mit Augenmaß wahrgenommen werden. Nicht alles muss gründlicher als gründlich überwacht und kontrolliert werden. Wenn es aber so weit kommt, dass regelmäßige Überwachungs- und Kontrollpflichten nur noch sporadisch wahrgenommen werden können und Mitarbeiter sich von der Verwaltungsspitze bescheinigen lassen wollen, dass sie nur noch bestimmte Aufgaben machen können und anderes liegen bleiben muss und dafür Rückendeckung haben wollen, dann müssen die Alarmglocken anfangen zu läuten.

Nicht nur die Verwaltung, sondern auch wir im Kreistag stehen in der Mitverantwortung. Wir können und sollten allerdings beim Umgang mit dieser Problematik allerdings keinen Schnellschuss machen. Unsere Fraktion ist der Auffassung, dass wir uns mit der Aufgabenerledigung unter Stellengesichtspunkten im Laufe des nächsten Jahres intensiver beschäftigen sollten.

Wo gibt es (gesetzlich) vorgeschriebene Aufgaben, die mangels Personal nur schleppend erledigt werden können? Wo gibt es Aufgaben, wo allenfalls noch wenige Stichproben in

großen Zeitabschnitten durchgeführt werden können, bei denen eigentlich regelmäßige Kontrollen wahrzunehmen sind? Wir legen hierzu einen Antrag vor, der zu diesem Problem einen Beratungsprozess in Gang setzen soll.

Zu diesem Punkt gehört auch, das Ausmaß der problemorientierten Darstellung im Haushalt. Uns ist aufgefallen, dass in manchen Dezernaten Aufgaben und Erledigungsfortschritt sehr gut dargestellt werden; in anderen Bereichen wird das Zahlengerippe immer trockener und inhaltsleerer.

Als positives Beispiel sei die realistische Darstellung beim Zustand der Kreisstraßen und der Darstellung des Bedarfs an Erhaltungsinvestitionen genannt; als negatives Beispiel habe ich wiederholt das Weglassen aus dem Haushalt von Informationen über unerledigte Gesetzaufgaben im Natur- und Umweltschutzbereich genannt. Angeblich sei die Herausnahme solcher kritischen Informationen ohne jede Absicht geschehen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Wir bitten sehr darum, dass die Darstellungen im Haushalt wieder problemorientiert angereichert werden, auch im Hinblick auf die Zielerreichung der Ziele unserer Kreisstrategie. Welches Ziel verfolgen wir? Wo stehen wir? Entfernen wir uns von der Zielerreichung? Kommen wir vorran?

Die Darstellung des Zustandes der Kreisstraßen veranlasst uns, hierzu einen Antrag zu stellen. Das Ziel in der Kreisstrategie heißt, das sich nicht mehr als 10% der Kreisstraßen in sehr schlechtem Zustand befinden sollen. Das wären 65 km. Die Bestandsaufnahme hat ergeben, dass es 155 km sind also rund 23% unserer Kreisstraßen. Dies ist eine markante Entfernung von den Zielen der Kreisstrategie.

Wir können nicht von den anderen Ebenen der Straßenbauträger in Bund und Land immer wieder fordern, sie sollen das Straßennetz in Stand halten und dann unsere Kreisstraßen partiell verrotten lassen.

Dem muss zügig entgegen gewirkt werden. Wohlbemerkt es geht mir hier nicht um Neubauten – da mag auch einiges zu tun sein – , sondern um unterlassene Erhaltungsmaßnahmen. Wer das ändern will braucht Geld und auch Personal, damit die Aufträge aufgearbeitet, ausgeschrieben und in Auftrag gegeben werden können. Wenn es gelingt, das erforderliche Personal anzuwerben, könnten schon im letzten Jahresdrittel erste Aufträge vergeben werden. Wir beantragen deshalb 1,5 Stellen und 500 000 € für erste Maßnahmen.

In der letztjährigen Haushaltsrede haben wir vorgeschlagen, Ökopunkte selbst zu erarbeiten, statt sie teuer zu kaufen. Der Vorschlag ist offensichtlich im Landratsamt auf fruchtbaren Boden gefallen. In die Kreisstrategie und den Haushalt ist jetzt ein neues Handlungsziel

aufgenommen worden: Entwicklung und Projektsteuerung von Ökokontomaßnahmen des Landkreises. Das Handlungsfeld ist zwar inhaltlich noch äußerst dünn bestückt – es ist von einem Projekt die Rede mit einer Personalzuordnung von 0,2 Stellen. Aber immerhin – ein Anfang ist gemacht.

Wir haben den Haushalt durchgesehen, in welchen Bereichen, eine wichtige Aufgabe unterversorgt ist oder durch Entscheidungen des Landes nicht mehr gefördert wird. Daraus sind 2 Anträge entstanden, die wir mit den Grünen zusammen einbringen.

Zur Weiterfinanzierung der Aufgaben des Vereins Frauen und Kinder in Not und zur Intensivierung der Arbeit der Jugendberufshilfe..

Herr Landrat im Zusammenhand mit der Haushaltseinbringung haben sie ihr Projekt Freundlichkeit 3 oder Freundlichkeit hoch 3 dargestellt. Sie haben dies in einer solch freundlichen Weise vorgebracht, dass ich mich hüten werde, dazu vielleicht gar etwas Unfreundliches zu sagen. Auch wir sind selbstverständlich für Freundlichkeit.

Wir wollen die Freundlichkeit sogar noch ausweiten. Sie wollen freundlich gegenüber den Mitbürgern, den Mitarbeitern und der Bevölkerung sein. Zunächst wollen wir ausdrücklich, die weibliche Seite jeweils mit einbezogen wissen und dann schlagen wir vor, das Projekt um eine weitere Freundlichkeitsdimension zu erweitern. Wir sind für Freundlichkeit hoch 4. Als viertes Freundlichkeitsziel schlagen wir „Naturfreundlichkeit“ oder „Freundlichkeit gegenüber der Natur“ vor.

Nicht als ein Extrafreundlichkeitspunkt ausdrücklich erwähnt werden – aber es gehört hierher – muß Freundlichkeit gegenüber dem Kreistag genannt werden und der Respektierung seiner Rechte. Nicht gefallen haben uns die Alleingänge der Verwaltung bei der Umbenennung des Namens des Bauernhausmuseums und der Aufstellung von Schildern an den Landkreisgrenzen. Das ist weniger eine Rechtsfrage – was ist Verwaltungshandeln, was ist beschlussbedürftiges politisches Handeln - sondern mehr eine Stilfrage.

Inhaltlich halten wir beide Entscheidungen für richtig und sogar gut gemacht. Es geht um den Stiel. Es könnte ja auch mal ein Alleingang kommen, wo wir gänzlich anderer Meinung sind. Da wollen wir lieber vorbeugen und mahnen an, rechtzeitig beteiligt zu werden.

Viel ernster ist uns eine Sorge an einem anderen Punkt. Wir unterstützen und tragen seit Jahren den Kurs mit, große Anstrengungen zur Sanierung der OSK vorzunehmen. Wichtige Erfolge sind bereits erzielt worden. Im nächsten Schritt soll die OSK ihre Mieten voll verdienen und auch die Geräteinvestitionen verdienen. Dazu soll neben anderem die weitere Reduzierung der Verweildauer im Krankenhaus beitragen. Personal – Ärzte wie Schwestern- und Pflegepersonal - stehen bereits jetzt unter erheblichem Druck, Patienten sind betroffen. Wir mahnen an, bei den Rationalisierungs- und Sanierungszielsetzungen der OSK, die

Belange der Belegschaft und der Patienten mehr zu berücksichtigen als dies teilweise geschieht. Es gibt Signale, dass die Rationalisierungsanstrengungen bereits an einer Grenzlinie angekommen sind und eine Überschreitung droht.

Nach diesen mahnenden Worten, ein harmonischer Abschluss meiner Ausführungen

In den letzten beiden Jahren haben wir dem Haushalt nicht zugestimmt. Diesmal werden wir dem Haushalt zustimmen. Die gute wirtschaftliche Konjunktur mit den stabilen Steuereinnahmen und vor allem der Rückgang bei den Zuwanderungszahlen hat zu einer Entspannung der Hausbelastungen geführt.

Wir halten diesmal den Haushalt für einen ausgewogenen Kompromiss zwischen den Belangen der Beteiligten. Kritisieren tun wir die klebrigen Finger der Landesregierung, die den Kommunen Gelder weggenommen hat.

Wie immer geht der besondere Dank an den Kämmerer und an seine Frau- und Mannschaft, die das umfangreiche Zahlenwerk erarbeitet haben.

## **Rede des ÖDP-Fraktionsvorsitzenden Siegfried Scharpf**

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Frau Meschenmoser, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes, liebe Gäste, Kolleginnen und Kollegen des Kreisrates und der Presse.

Überschlägig haben wir 1500 Seiten zum Haushalt bearbeitet, unzählige Sitzungen absolviert und Debatten geführt. Der vorliegende Plan ist wohlgedacht und besprochen.

Mit Zahlen wollen Sie von mir als 5. Redner sicher nichts mehr wissen.

Die Kreisumlage ist stabil, was bei den vielen Bürgermeister im Rat auch kein Wunder ist. Und das ist auch gut so! Millionen mehr Einnahmen 2016 als erwartet, wir können Schulden tilgen. Auch das ist gut so!

Dankbar bedenken müssen wir aber, dass das ganze Geld für den Haushalt von Menschen erarbeitet und ihnen per Gesetz abgenommen wurde.

Sehr viel Geld geben wir den Menschen am Existenzminimum, damit diese ein dürftiges Leben führen können. Hoffentlich sind wir da gerecht. Wir finden, es muss mehr sein!

Der Unterhalt für Krankenhäuser, Schulen und Straßen belastet den Haushalt enorm, das Geld ist jedoch gut angelegt und notwendig.

Die Art, wie wir jetzt Straßen, Brücken und Radwege ausbauen, ist jedoch falsch und ökologisch nicht durchdacht.

Wir betreiben mit diesem Haushalt das Gegenteil einer Energiewende, weil wir keine Energiewende zulassen.

Führende Wissenschaftler haben errechnet, dass wir nur noch 10% des heutigen Energie- und Rohstoffaufwands in der Zukunft verbrauchen dürfen.

Nirgends ist an der Arbeits- und Auftragsweise des Landratsamtes diese Einsicht zu erkennen.

Mit Nachdruck fordern wir die sofortige Inbetriebnahme der Busstrecke Wangen - Ravensburg im Stundentakt. Da sind 2 große Städte mit großen Industriegebieten, wie Gullen, Rotheiden, Geiselharz und die Gemeinde Amtzell mit fast 100.000 Anliegern.

Wir fordern für jetzt und alle Zeit, dass das Landratsamt für jede Maßnahme, sei es Bauen oder Fahren, einen ökologischen Fußabdruck erstellt und begründet.

Diese Maßnahme ist extrem ernst zu nehmen und muss und wird weltweit kommen.

Seien wir keine Schlafkappen und fangen wir damit heute an!

Der fehlende ökologische Fußabdruck ist auch der Grund, warum dieser Haushalt im Grunde abzulehnen ist.

Wir müssen mit unseren Bauten und Verkehrswegen damit anfangen, bescheiden zu werden.

Wenn wir die Chancen der Dezentralisierung als positiv bewerten und den Mitarbeitern unseres Amtes Freiraume und Inseln zubilligen, fordern wir Menschlichkeit und verbrauchen weniger Material und Energie.

Wir sind gegen protzige Neubauten für ein neues Landratsamt!

Viel wichtiger ist es, unsere Mitarbeiter/innen genau zu beobachten, ob sie Freude an der Arbeit haben, dass wir sie nicht überlasten.

Wir investieren in Teer und Beton, aber bei den Menschen übersehen wir oft, dass wir sie teilweise bis in die Überforderung treiben.

Ich persönlich schätze den Landrat und Frau Meschenmoser und das ganze Team sehr.

Ich schätze auch Frau Merkel, Herrn Gabriel und auch Frau Wagenknecht und den Papst. Aber ich halte alle zusammen für nicht in der Lage, auf die Notwendigkeiten der Zukunft umzuschalten.

Demokratie ist purer Populismus. Nur was mehrheitsfähig ist, kann geändert werden! Aus dieser Zwickmühle müssen wir hinausfinden.

Dazu brauchen wir Freiraum, Ruhe und Besinnung.

Genau das wünschen wir allen im Saal, Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

Ihre ÖDP